

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

Helmut Creutz	Armut und Reichtum – Zwei Seiten einer Medaille _____	3
Wolfram Elsner	Diversität und Interaktion sozio-ökonomischer Kulturen _____	8
Johannes Heinrichs	Welche Globalisierung wollen wir? _____	16
Norman Ehrentreich	Das "Zahlungsnetzwerk München-Geld" ____	25
	Das Bremer Institut für Institutionelle und Sozial-Ökonomie stellt sich vor _____	31
	Bücher - Veranstaltungen _____	32

Liebe Leserin und lieber Leser,

zehn Jahre nach der Öffnung der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs zogen die Politiker kürzlich durchweg positive Zwischenbilanzen der deutschen Wiedervereinigung. Deutlich kritische Stimmen wie die von Prof. Renate Genth waren eher selten zu hören. Die "unvollendete Einheit" führte sie auf "destruktive Wirkungen des westlichen Kapitalismus" zurück. "Krunder Ökonomismus" habe die grundlegenden politischen Sinne, nämlich den Gemeinsinn und die Sinne für Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Verantwortung, getrübt und eine Aussprache darüber verhindert, wie wir in Deutschland leben wollen. Wenn die deutsche Einheit – mit Verspätung – noch gelingen soll, bedarf es nach den Worten von Renate Genth mehr der Tugenden der Achtsamkeit, Anständigkeit und des Mutes. (Das Parlament Nr. 43-44/1999, S. 15)

Doch wie sollen diese Tugenden im westlichen Casino-Kapitalismus stärker zum Zuge kommen? Nach Ansicht von Daimler-Chrysler-Chef Jürgen Krempf ist dieser Kapitalismus nicht zu stoppen. Ungebremst von Tempolimits wird er fortfahren, Raum und (Feiertags-)Zeit zu erobern. Mit genialem Weitblick hat der schweizerische Dichter Friedrich Dürrenmatt diesen Gang der Welt in seinem Werk "Frank V. – Komödie einer Privatbank" vorausgesehen: "Lasst den romantischen Quark", wehrt darin der Personalchef Egli die Klagen über den Gegensatz zwischen Reichtum und Armut ab. Gefangen in wirtschaftlichen Sachzwängen wird der Mensch um seine Menschlichkeit gebracht. "Es saust mit uns die Welt des Schwindels und der Wucherzinsen unaufhaltsam in die Binsen." (Zürich 1985, S. 11-13) Noch leben wir "leider in einem Rechtsstaat", heisst es an anderer Stelle (S. 36), doch sind die Global Players nach Kräften dabei, ihn auszuhebeln.

Menschenrechte und Demokratie sind aber nicht nur durch Wirtschaftsmacht gefährdet, sondern auch durch eine Änderung des geistig-

politischen Klimas; sie vollzieht sich manchmal in kleinen unauffälligen Schritten und manchmal auch mit erschütternden Donnerschlägen. Nach der schwierigen Walser-Bubis-Debatte schwingt sich nun der Philosoph Peter Sloterdijk zu einem Abgesang auf den Humanismus auf. "Regeln für den Menschenpark" in einer zukünftigen Welt will er aufstellen, im Klartext: das "zunehmende barbarische Potenzial der Zivilisation" mit den Mitteln gentechnischer Züchtung bändigen. Doch wo soll enden, was bei Sloterdijk mit "pränataler Selektion" beginnt? Zweifellos nimmt das "barbarische Potenzial der Zivilisation" zu – aber doch nicht wegen des Humanismus wie Sloterdijk in einseitiger Auslegung von Nietzsche und Heidegger glaubt, sondern wegen des ungebändigten Kapitalismus, der – was Sloterdijk jedoch nicht sieht – den Humanismus schleichend paralyisiert. So können sich Kapitalismus und Gentechnik zu einer unheiligen, dafür aber höchst profitablen Allianz verbinden, die die Menschlichkeit "in die Binsen gehen lässt".

Nicht nur im speziell deutschen Kontext stellt sich die von Renate Genth aufgeworfene Frage in aller Dringlichkeit: wie wollen wir in Zukunft auf dieser Erde überhaupt leben? Doch hoffentlich in einer auf den Grundwerten von Menschenrechten und Demokratie ruhenden Zivilisation! Ihrem derzeit noch zunehmenden zerstörerischen Potenzial wäre mit dem "romantischen Quark" der sozialen Gerechtigkeit zu begegnen statt mit einer technokratischen Menschenzüchtung. Der selbstständigen Eigendynamik der internationalen Finanzmärkte wäre ein Primat der Politik entgegenzusetzen. Dazu haben wir in dieser Zeitschrift immer wieder ökonomische Überlegungen vorgestellt. Dies wollen wir auch in diesem und weiteren Heften fortsetzen und wir hoffen sehr, hierüber mit Menschen in einen weiterführenden Dialog zu kommen, die sich ihre grundlegenden politischen Sinne und Tugenden bewahrt haben.

Ihr Werner Onken

Siddharta beim Kaufmann Kamaswami

“Man hat mir gesagt“, begann der Kaufmann, “dass du ein Brahmane bist, ein Gelehrter, dass du aber Dienste bei einem Kaufmann suchst. ... Was ist es, das du gelernt hast, das du kannst?“ “Ich kann denken. Ich kann warten. Ich kann fasten.“ ...

Siddharta wohnte nun im Hause des Händlers. Kamaswami erzählte ihm von seinem Handel, zeigte ihm Waren und Magazine, zeigte ihm Berechnungen. Vieles Neue lernte Siddharta kennen. Kamaswami betrieb seine Geschäfte mit Sorgfalt und oft mit Leidenschaft. Siddharta aber betrachtete dies alles wie ein Spiel, dessen Regeln er genau zu lernen bemüht war, dessen Inhalt aber sein Herz nicht berührte.

Nicht lange war er in Kamaswamis Haus, da nahm er schon an seines Hausherrn Handel teil. ... Der Kaufmann übertrug ihm das Schreiben wichtiger Briefe und Verträge und gewöhnte sich daran, alle wichtigen Angelegenheiten mit ihm zu beraten. Er sah bald, dass Siddharta von Reis und Wolle, von Schifffahrt und Handel wenig verstand, dass aber seine Hand eine glückliche war und dass Siddharta ihn, den Kaufmann, übertraf an Ruhe und Gleichmut und in der Kunst des Zuhörenkönnens und Eindringens in fremde Menschen. ..

Vergeblich waren die Versuche des Kaufmanns, Siddharta zu überzeugen, dass er sein, Kamaswamis, Brot esse. Siddharta aß sein eigenes Brot, vielmehr sie beide aßen das Brot anderer, das Brot aller. ... Kamaswami machte sich viele Sorgen. War ein Geschäft im Gange, welchem Misserfolg drohte, schien eine Warensendung verloren, schien ein Schuldner nicht zahlen zu können – nie konnte Kamaswami seinen Mitarbeiter überzeugen, dass es nützlich sei, Worte des Kummers oder des Zornes zu verlieren, Falten auf der Stirn zu haben, schlecht zu schlafen. Als ihm Kamaswami einstmals vorhielt, er habe alles, was er verstehe, von ihm gelernt, gab Siddharta zur Antwort: “Von dir habe ich gelernt, wieviel ein Korb voll Fische kostet und wieviel Zins man für geliehenes Geld fordern kann. Das sind deine Wissenschaften. Denken habe ich nicht bei dir gelernt, teurer Kamaswami, suche lieber du, es von mir zu lernen.“

Siddharta sah die Menschen sich mühen, sah sie leiden und grau werden um Dinge, die ihm dieses Preises ganz unwert schienen, um Geld, um kleine Lust, um kleine Ehren. Er sah sie einander schelten und beleidigen. ... Allem stand er offen, was diese Menschen zu ihm brachten. Willkommen war ihm der Händler, der ihm Leinwand zum Kauf anbot; willkommen der Versuldete, der ein Darlehen suchte; willkommen der Bettler, der ihm eine Stunde lang die Geschichte seiner Armut erzählte. ... Wie ein Ballspieler mit seinen Bällen spielt, so spielte Siddharta mit seinen Geschäften, mit den Menschen seiner Umgebung. Mit dem Herzen, mit der Quelle seines Wesens war er nicht dabei. .. Einige Male erschrak er ob solcher Gedanken und wünschte sich, bei all dem beteiligt zu sein, statt nur so als ein Zuschauer daneben zu stehen. ..

“Kamaswami ist ebenso klug wie ich“, sagte Siddharta zu Kamala, “und hat doch keine Zuflucht in sich. Die meisten Menschen sind wie ein fallendes Blatt, das weht und dreht sich durch die Luft und wankt und taumelt zu Boden. Andere aber, wenige, sind wie Sterne, die gehen eine feste Bahn; kein Wind erreicht sie; in sich selber haben sie ihr Gesetz und ihre Bahn.“

*Hermann Hesse (1877 – 1962), Siddharta (1922),
Frankfurt 1972, S. 60 – 68.*

Armut und Reichtum

Zwei Seiten einer Medaille

Helmut Creutz

Seit etwa 15 Jahren ist bei uns die Armut wieder zu einem Thema geworden. Da dieses Phänomen eigentlich längst überwunden schien, hat man dafür auch den Begriff "Neue Armut" geprägt. Außerdem gibt es - neben einzelnen wissenschaftlichen Untersuchungen - sogar schon einen offiziellen "Armutsbericht", der im Bundestag diskutiert wurde. Die Gegenseite der Armut, der Reichtum, hat bislang noch nicht soviel amtliche Beachtung gefunden. Dabei wäre dessen Untersuchung noch wichtiger, da der Anstieg dieses Reichtums letztlich die Ursache der zunehmenden Armut ist, auch wenn das auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint.

Kann es nicht auch ohne Reichtum Armut geben?

Armut ist immer ein relativer Begriff. Rund 80% der Menschen auf der Erde werden z.B. einen Sozialhilfeempfänger in Deutschland als reich einstufen und ihn um seinen Wohlstand beneiden. Aus der Sicht eines Managereinkommens in unserem Land ist er dagegen arm.

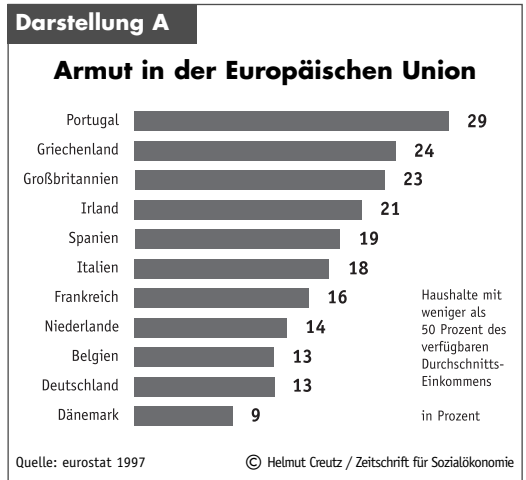
Sinnvoll ist es darum, Armut und Reichtum zuerst einmal vor dem Hintergrund der nationalen Gegebenheiten zu analysieren. Grundlage solcher Analysen kann einmal die Vermögensverteilung sein. Besser aber ist es, die Verteilung der Einkommen dafür heranzuziehen, aus der die Vermögen letztlich resultieren. Um für eine solche Analyse Anhalts- und Vergleichsgrundlagen zu schaffen, hat man sich in der Sozialwissenschaft auf einen groben Raster geeinigt: Von Armut spricht man, wenn das Haushaltseinkommen unter 50% des Landesdurchschnitts liegt, von Reichtum, wenn es die doppelte Höhe dieses Durchschnitts übersteigt.

Natürlich kann man über solche Grenzziehungen streiten und es gibt auch etliche Varianten zu dem beschriebenen Schlüssel. Aber immerhin erlaubt und erleichtert eine solche Grenzziehung den Vergleich mit Vergangenheit und Zukunft, ja sogar zwischen unterschiedlich entwickelten Ländern oder Regionen. Vor allem aber wird mit Hilfe dieser Grenzziehungen nachweisbar, dass Armut und

Reichtum einander bedingen, was besonders für deren zunehmende Polarisierung gilt.

Die Armutssituation in den Ländern der Europäischen Union

Legt man den vorgenannten Armuts-Maßstab von 50% der Durchschnittseinkommen einmal an die EU-Länder an, dann ergeben sich die in der Darstellung A ausgewiesenen prozentualen Armuts-Anteile. Wie daraus zu ersehen, sind die Unterschiede erheblich. So gibt es in Portugal, Griechenland und Großbritannien, in Relationen zur Gesamtbevölkerung, zwei- bis dreimal so viele arme Haushalte wie in Dänemark, Belgien oder Deutschland.



Auch wenn der hohe Armutsanteil in Großbritannien etwas irritiert, wird man die Gegebenheiten in Südeuropa allzu rasch als eine Bestätigung bekannter Vorurteile deuten: Diese Länder sind eben ärmer als wir, was man ja schon immer wusste. Doch diese Deutung wäre nur dann zutreffend, wenn für die Beurteilung der Landesarmut die europäischen Durchschnittswerte herangezogen würden. Die in der Grafik wiedergegebenen Armutsanteile beziehen sich jedoch immer auf den

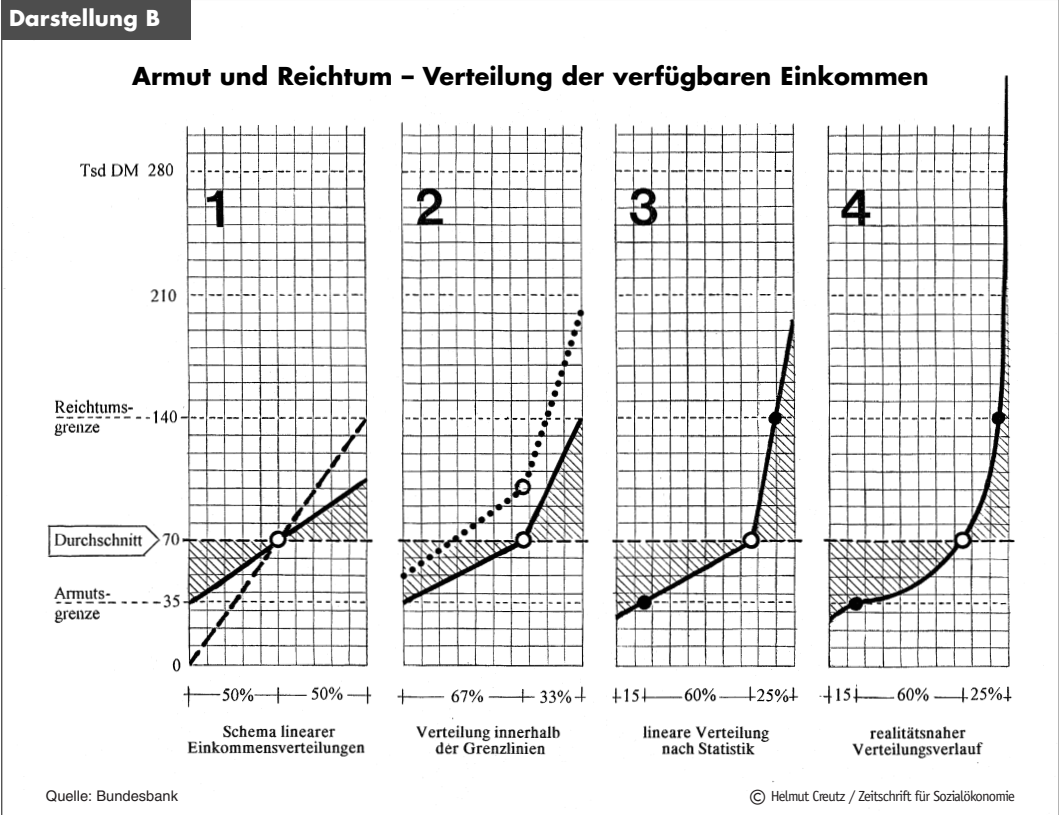
Durchschnitt des jeweiligen Landes. Das heisst, die Armutszahlen in der Darstellung spiegeln jeweils die relative Armut innerhalb der zum Vergleich herangezogenen Länder wider. Diese relative Armut aber kann in einem Land nur entstehen, wenn sich oberhalb der Durchschnittseinkommen ein relativ hoher Reichtum gebildet hat. Und Ausweitungen dieser Gegebenheiten sind nur möglich, wenn dieser Reichtum oberhalb des Durchschnitts rascher als die Wirtschaftsleistung zunimmt. Und diese Regel gilt für alle Gesellschaften, gleichgültig, wie hoch der Lebensstandard gemessen an den internationalen Relationen jeweils ist.

Wie erklärt sich die Wechselbeziehung zwischen Armut und Reichtum?

Als Ausgangsgröße für die Beurteilung der Einkommensverteilung wird im allgemeinen das sogenannte verfügbare Einkommen der Haushalte herangezogen. Dieses verfügbare Einkommen ergibt

sich aus den Nettoeinkünften aus Arbeit und Vermögen, zuzüglich der Einkommen aus staatlichen Transferzahlungen. In Deutschland gehören zu diesen Transfereinkommen vor allem Renten- und Pensionsansprüche sowie Wohn- und Kindergeldzahlungen und ähnliche öffentliche Leistungen.

Das gesamte so ergebende verfügbare Einkommen lag in Deutschland 1998 bei 2.400 Mrd DM. Umgelegt auf die etwa 35 Millionen Haushalte, entfiel auf jeden ein jährliches Durchschnittseinkommen von rund 70.000 DM bzw. knapp 6.000 DM im Monat. Geht man von diesen 70.000 DM als Durchschnittsgröße aus, dann lag die in halber Höhe fixierte Armutsgrenze also bei 35.000 DM, die in doppelter Höhe fixierte Reichtumsgrenze bei 140.000 DM. Haushalte, die jene Grenzen nach unten bzw. oben überschreiten, werden demnach statistisch als arm bzw. reich erfasst. Diese Klassifizierung, mit den vorgenannten Durchschnitts- und Grenzwerten des Jahres 1997, ist den vier Varianten in der Darstellung B zugrunde gelegt.



Da zwangsläufig nur wenige Haushalte genau das Durchschnittseinkommen erhalten, liegt die Annahme nahe, dass sich die Einkommen der einen Haushaltshälfte unter und die der anderen Hälfte über diesem Durchschnittswert bewegen. Die Annahme einer solchen schematisch-linearen Verteilung gibt die erste Variante in der Darstellung B wieder.

Beginnt man in diesem Verteilungsmodell bei der Armutsgrenze von 35.000 DM, dann endet der Anstieg bei einer Einkommenshöhe, die 35.000 DM über dem Durchschnitt liegt, also bei 105.000 DM. Das heißt, bei dieser hälftigen und linearen Verteilung wird die Reichtumsgrenze gar nicht erreicht.

Geht man – wie bei der unterbrochenen Linie – umgekehrt von der Reichtumsgrenze aus, fällt zwangsläufig ein Viertel der Haushalte in die Armutzone, was prozentual also der Situation in Griechenland oder Großbritannien entsprechen würde. Reiche Haushalte würde es trotzdem noch gar nicht geben.

Diese vereinfachte Schemadarstellung lässt bereits erkennen, dass die Einkommensverteilung einer Wippe oder Waage ähnelt, bei der der Durchschnittswert der Dreh- und Angelpunkt zwischen beiden Seiten ist. Das aber heißt: die eine Seite kann nur angehoben werden, wenn die andere sinkt. Oder konkreter: Zu einem Absinken in die Armutzone kann es auf der linken Seite nur kommen, wenn der Reichtum auf der rechten Seite steiler ansteigt.

Bezogen auf das Durchschnittseinkommen in Deutschland von 70.000 DM heißt das: Die Gesamtsumme aller über dem Durchschnitt liegenden Einkommensanteile auf der rechten Seite ist immer genauso groß, wie die Gesamtsumme der Anteile, die auf der linken Seite bis zum Durchschnitt fehlen! Das zeigt sich auch an der gleichen Größe der schraffierten Dreiecks-Flächen. Ein Abbau der Armut ist also immer nur möglich, wenn im gleichen Umfang der Reichtum verringert wird.

Wenn also in Ländern wie Portugal oder Großbritannien der Armutsanteil besonders hoch ist, ist das kein Beweis für einen allgemein geringeren Wohlstand. Die dortige höhere Armutsquote beweist nur, dass der gegebene Wohlstand einer extremeren Verteilung unterliegt, dass also die Diskrepanzen zwischen Armut und Reichtum größer sind als z.B. in Dänemark oder Deutschland.

Die annähernde Verteilung zwischen Armut und Reichtum in Deutschland

In der Variante B2 ist eine schematische Verteilung wiedergegeben, die von der Armut- bis zur Reichtumsgrenze reicht. Diese Verteilung ist jedoch nur möglich, wenn der Dreh- und Angelpunkt zwischen beiden Seiten auf der Durchschnittslinie nach rechts verschoben wird. Damit aber ergibt sich – wie die Grafik zeigt – ein abgeknickter Gesamtverlauf bei gleichbleibenden Balkenlängen.

Da auch hier die schraffierten Dreiecksflächen über und unter der Durchschnittslinie kongruent sein müssen, kommt es zu einer Aufteilung, bei der die Anzahl der Haushalte unter dem Durchschnitt doppelt so groß ist wie die Anzahl der darüberliegenden, also eine Aufteilung von zwei zu eins. Anders ausgedrückt: dem langsamen Einkommensanstieg bei den zwei (ärmeren) Haushaltsdritteln muß ein entsprechend steiler des (reicheren) Drittels gegenüberstehen. Und je höher und steiler die Reichtumseinkommen auf der rechten Seite steigen, umso größer muss der Anteil jener Haushalte werden, die unter den Durchschnitt fallen.

Ein Anstieg der Einkommen auf einer der beiden Seiten ohne Verlust auf der anderen ist nur bei einer Erhöhung der Gesamteinkommen möglich, also bei einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung. Da dabei jedoch auch die Durchschnittsgröße ansteigt, ergibt sich wieder die alte Regel, wenn auch auf einem höheren Niveau. Das zeigt die zusätzlich eingetragene punktierte Verteilung, bei der ein Durchschnitt von 100.000 DM angenommen wird, aus dem sich dann Armuts- und Reichtumsgrenzen von 50.000 bzw. 200.000 DM ergeben.

Eine Verbesserung der Verteilungsrelationen zugunsten der ärmeren Haushalte wäre also durch eine Leistungssteigerung nur dann möglich, wenn diese überwiegend auch den ärmeren Haushalten zugute käme, das heißt, wenn die reicheren Haushalte relativ weniger davon erhalten würden. Wie wir noch sehen werden, läuft die Sache in unserer Wirklichkeit jedoch genau umgekehrt ab, woraus sich auch das Entstehen der "Neuen Armut" erklärt.

Eine Annäherung an die Wirklichkeit

In der Variante B3 wird berücksichtigt, dass 1997 in Deutschland etwa 15 Prozent der Haus-

halte *unter* der Armutsgrenze von 35.000 DM gelegen haben und etwa 25 Prozent der Haushalte *über* der Durchschnittsgrenze von 70.000 DM. Geht man von diesen Anhaltspunkten aus, dann verschiebt sich der Dreh- und Angelpunkt auf der Durchschnittslinie noch mehr nach rechts, so dass sich eine Verteilung zwischen den Haushaltsgruppen von 3:1 ergibt. Und während bei dieser Verteilung der linke Balken in die Armutzone absinkt, steigt der obere umso steiler in die Reichtumszone oberhalb der 140.000 DM an. Auch hier sind die schraffierten Dreiecke flächenmäßig wieder gleich groß, wenn auch nicht mehr kongruent.

Baut man jetzt einmal die verschiedenen Unterlagen über die Progression der deutschen Einkommen mit in das Schema ein, dann ergibt sich in etwa eine Kurve, wie sie in der Grafik B4 wiedergegeben ist: Der realitätsnahe Anstieg der Einkommen, sowohl unter wie über dem Durchschnitt, verläuft also anfangs etwas zögerlicher als bei den schematisch linearen Modellen. Dafür aber steigen die Einkommen innerhalb des letzten Haushaltszehntels umso steiler in die Höhe.

Dabei ist das in der Grafik noch erfasste Jahreseinkommen von 280.000 DM, das dem Vierfachen des Durchschnitts entspricht, keinesfalls die Obergrenze. Bedenkt man, dass die Jahreseinkommen von Spitzenmanagern bei mehreren Millionen DM im Jahr liegen und die von mehrfachen Vermögens-Milliardären sogar bei etlichen hundert Millionen, lassen sich solche Einkommen grafisch gar nicht mehr auftragen. Schon die Einkünfte eines zehnfachen Millionärs übersteigen die Höhe der Darstellung um rund das Doppelte, die Einkünfte eines einfachen Milliardärs sogar um das Zweihundertfache. Erst durch diese über die Grafik hinausragenden Spitzeneinkommen kommt es darum zu einer Deckung der schraffierten Zonen, die in allen Fällen die gleichen Flächengrößen haben müssen.

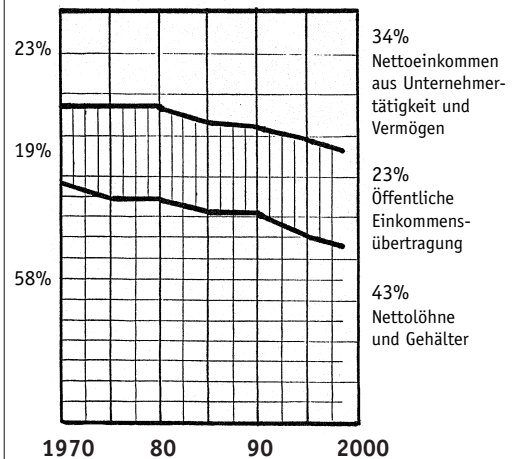
Mit dieser der Wirklichkeit nahe kommenden Darstellungsvariante wird deutlich, dass gerade die vorgenannten Einkünfte aus Vermögen, die nachweislich rascher zunehmen als die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen, die Hauptursache der immer steileren Einkommensverteilung und damit der Zunahme der sozialen Spannungen zwischen Armut und Reichtum sein müssen. Und je steiler diese Einkommen bei der reicheren Minderheit ansteigen, umso größer muss der Anteil der Haushalte werden, der unter den Durchschnitt bzw. in die Armutzone absinkt.

Die Aufschlüsselung der verfügbaren Einkommen

Dass die Ursachen für den problematischen Verteilungstrend bei den Vermögenseinkommen und deren Konzentration liegen, geht auch aus der Darstellung C hervor. In ihr ist die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen in Deutschland und deren Veränderung in den letzten 27 Jahren wiedergegeben.

Darstellung C

Verfügbares Einkommen - Verteilungsstruktur 1970 bis 1997 in Prozenten



Quelle: Bundesbank

© Helmut Creutz / Zeitschrift für Sozialökonomie

Wie ersichtlich, ist der Anteil der Nettolöhne und -gehälter innerhalb der verfügbaren Einkommen seit 1970 um ein Viertel zurückgefallen, während die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um die Hälfte zugenommen haben. Bereits diese Verteilungsverschiebung zwischen den beiden Einkommensarten spricht für sich. Berücksichtigt man dann noch, dass in den 27 Jahren die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger um 36 Prozent angestiegen ist, die der Selbständigen aber um 18 Prozent zurückging, sind die Auswirkungen der dargestellten Veränderungen in Wirklichkeit noch wesentlich dramatischer.

Das beweisen auch die entsprechenden statistischen Daten in den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank. Danach sind z.B. die Geldvermögen von 1970 bis 1997 von 890 auf 8760 Mrd DM angestiegen, also auf knapp das Zehnfache. Die Zinserträge der Banken eskalierten sogar auf das Elffache und die Zinsausschüttungen der Banken an die Sparer und sonstigen Geldgeber auf das Zwölfwache. Das Sozialprodukt nahm dagegen in der gleichen Zeit nur auf das 5,3fache zu.

Noch mehr als das Sozialprodukt sind die Zuwachsraten der Arbeitseinkommen gegenüber den Vermögenseinkommen zurückgeblieben. So stieg das Nettoeinkommen aller Arbeitnehmer in den 27 Jahren nur auf das Vierfache, das Nettoeinkommen pro Kopf – aufgrund der Zunahme der Beschäftigtenzahlen – sogar nur auf das Dreifache!

Mit diesen unterschiedlichen Einkommensentwicklungen muss es zwangsläufig zu immer größeren Diskrepanzen zwischen Armut und Reichtum kommen, und als Folge davon zu immer größeren Spannungen, die den sozialen Frieden zunehmend gefährden.

Das Entstehen und die Zunahme der sogenannten "Neuen Armut", die gerade auch in den reichen Industrienationen immer deutlicher zutage tritt, hat also ganz konkrete statistisch nachweisbare Ursachen wie auch unausweichliche Konsequenzen. Ein Abstoppen dieser Entwicklung wäre nur möglich, wenn es gelingen würde, das Überwachstum der Vermögenseinkommen zumindest auf die Entwicklung der Wirtschaftsleistung zurückzuführen. Nur dann hätten auch alle staatlichen Bemühungen zur Stabilisierung des ökonomischen wie sozialen Umfelds eine Chance auf Erfolg.

Ökonomie zwischen Wissenschaft und Ideologie

“Die am vermeintlichen Ideal der Naturwissenschaften ausgerichtete positivistische Ökonomie will beschreiben und erklären, was ist und *nicht* was sein könnte oder gar sein sollte. Damit wird aber in der wissenschaftlichen, also geistig-theoretischen Reproduktion der Realität deren gesamte Ungerechtigkeit, Inhumanität, Lebensbegrenzung und Ausbeutung als Faktisches sanktioniert. Der Status quo wird zur Norm. ...

Während der vergangenen zwei Krisenjahrzehnte wuchs die Verteilungsungleichheit der Vermögen und Einkommen in den meisten Industrieländern und vor allem zwischen reichen und armen Volkswirtschaften. Daten zur Vermögens- und Einkommensverteilung sind allerdings relativ spärlich verfügbar. Dies liegt nicht in erster Linie an statistischen Erfassungsproblemen, sondern an der politischen Tabuisierung der brisanten Verteilungsdaten. ...

Die zur Bewältigung der gegenwärtigen globalen Krise erforderlichen Reformen würden die Grenzen des bestehenden kapitalistischen Systems sprengen. Denn die auf Dauer einzig sachgerechte Antwort auf die Stagnationskrise sowie auch auf die Umweltkrise ist der Abschied vom Wachstum. Ohne Wachstum und Kapitalakkumulation kann das bestehende System jedoch nicht stabil gehalten werden. Vollbeschäftigung ohne Wachstum verlangt Umverteilung von Arbeit und Einkommen, vor allem der Besitzeinkommen ...

In der Gegenwart stehen sich erneut Orthodoxie und Reformen gegenüber. Und wieder sieht sich die in Arbeitsgruppen, Diskussionszirkel und einzelne 'Außenseiter' zersplitterte Reformbewegung einer ziemlich geschlossenen Front der Status-quo-Verteidiger gegenüber. ... Ideologie rührt aus den jeweiligen sozialökonomischen Verhältnissen. Ideologiekritik allein ist kein hinreichendes Mittel zur Veränderung. Wohl aber sät sie Keime der Veränderung.“

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Wie Reichtum Armut schafft – Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln 1998, S. 40, 163, 165 und 180.

Diversität und Interaktion sozio-ökonomischer Kulturen *

Globale Uniformierung vs. Vielfalt kultureller Identitäten – Einführende Überlegungen –

Wolfram Elsner

Globale hierarchische Uniformierung?

1. Seit den achtziger Jahren leben wir in einer Zeit weltweit beschleunigter Umstrukturierung mehr oder weniger "gewachsener" Kulturen. Die Welt wird nicht nur räumlich reorganisiert – Stichwort Glokalisierung –, sie wird auch in der Vielfalt der bestehenden Eigentumsformen, Arbeitsformen, Organisationsformen, sozialen Interaktionsformen und Politikformen – und natürlich auch im Hinblick auf deren Inhalte – mit einer selten gekannten Geschwindigkeit, räumlichen Reichweite und Eingriffstiefe umgewälzt. Dies geht auch einher mit selten erlebten Tendenzen der kulturellen Zerstörung und Reduzierung der Vielfalt regionaler sozialer Formen – und zwar, wie es scheint, im Sinne einer globalen Uniformierung und Normierung.

2. Dies scheint zunehmend nach Maßgabe einer spezifischen dominierenden Weltsicht zu geschehen, die uns – und selbst dem "Mann auf der Straße" – schon allzu geläufig ist. Wir kennen die Stichworte und groben Konzepte: "Ökonomisierung" und "Effizienzsteigerung", Privatisierung und Rentabilität, "Flexibilität", "Dezentralisierung" und "Eigenverantwortung" der lokalen Einheiten etc. pp. Ziel soll demnach die Erlangung einer globalen "Wettbewerbsfähigkeit" aller sein: alle konkurrieren zunehmend um die gleichen Märkte (Hochschulfachbereiche beispielsweise sind gehalten – und werden dafür gefördert –, die Zahl ihrer ausländischen Studenten, möglichst aus "neuen Märkten", zu maximieren), und alle sollen stets kurzfristig in der Lage sein, die "Besten", d.h. die "wettbewerbsfähigsten" Anbieter auf den globalen Märkten in ihren Strukturen und Strukturänderungen zu imitieren.

3. Diese seit nunmehr zwanzig Jahren sich fast ununterbrochen steigende "markt"-orientierte, (sog. neo-liberale) Umbau-Euphorie stellt sich vor Ort als ein kaum zu bremsender Modernisierungsdruck (nach mehr oder weniger einheitlichen, mehr

oder weniger importierten Schablonen) dar, gleichsam als eine Welle von täglich aus dem Hut gezauberten "Problemlösungen ohne Problem" – zumindest ohne hinreichende Problemdefinition. Oft müssen selbst Gutgläubige einräumen, dass ein Problem doch gar nicht so groß gewesen sein kann, dass es gerechtfertigt gewesen wäre, bestimmte "gewachsene" Strukturen in einer solchen Geschwindigkeit und Eingriffstiefe zu zerstören, wie es in der Regel tatsächlich geschieht. Die Gesellschaft wird in einem Maße in eine bestimmte Richtung umgewälzt, dass ihre Probleme – im Rückschluss – zuvor geradezu unerträglich gewesen sein müssen oder in absehbarer Zeit geradezu unerträglich hätten werden müssen, was – so darf man wohl behaupten – in der Regel nicht der Fall sein dürfte. Und die globalen Erfolgsexempel werden uns täglich nur so um die Ohren gehauen: "Job-Wunder USA", "Arbeitsmarktflexibilisierung in den Niederlanden", "Privatisierung des Staates in Neuseeland" etc. pp.

4. Wir wollen hier weniger über die bereits angedeuteten sozialen Inhalte dieser Umwälzungen reden. Die relativ immobilen, raum-zeitlich noch nicht "abgehobenen" (foot-loose) oder nicht "abhebbaren", kulturell noch nicht enthemmt (dis-embedded) bzw. auf soziale Einbettung angewiesenen Teile der sozio-ökonomischen und natürlichen Reproduktionsprozesse, diese "Immobilien" i. w. S., geraten jedenfalls mit dem Rücken an die Wand. Einkommens- und Machtumverteilung findet in größerem Umfang statt, als dies seit Jahrzehnten der Fall war (s. ausführlicher mit Bezug auf Regionen und Städte z. B. Elsner 1998). So beobachten wir z. B. seit Jahren einen internationalen Kapitalsteuer-Senkungs-Wettlauf, der zwischen den Nationen bestenfalls ein globales Null-Summen-

*) Einleitungsvortrag zur 6. Jahrestagung des Instituts für Institutionelle und Sozial-Ökonomie (iiso), Universität Bremen (vgl. auch Dokumentation auf Seite 31). Ich danke den KollegInnen und MitarbeiterInnen des Instituts sowie den Biologen Dr. M. Schirmer (Bremen) und Prof. Dr. A. von Gleich (Hamburg) für die Diskussion einer früheren Version dieses Papiers.

Spiel ist, dessen Hauptinhalt (deshalb) aber eine Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen ist.

5. Die Debatten darüber, was sich im Zuge von (politisch organisierter) Globalisierung, von "post-Fordistischer" Produktionsorganisation, von wechselseitiger Eroberung der traditionellen Heimatmärkte der Konkurrenten, intensivierter Staat-Unternehmen-Vernetzungen und neuer politisch-militärischer "Weltordnung" wirklich verändert, sind in den letzten Jahren unübersehbar geworden und können hier nur angerissen werden (als Übersicht s. z. B. Ruigrok, van Tulder 1995).

Die zunehmend enthemmte (foot-loose und dis-embedded) und von keinem, wenn auch noch so defizitären, Gegensystem mehr gebremste kapitalistische Marktwirtschaft hat es jedenfalls in Wirklichkeit weder zum Ziel noch zum Inhalt, noch hätte sie die Fähigkeit dazu, globale sozio-ökonomische Vereinheitlichung (Konvergenz) der Lebensverhältnisse, schon gar nicht nach "oben", herbeizuführen. Der tatsächlich freigesetzte Druck in Richtung auf eine globale Verfügbarmachung jedweder Ressourcen und Bedürfnisse als (potentielle) Märkte zu günstigsten Konditionen führt aber auch nicht zu einer eindeutigen Uniformierung nach "unten". Er führt zu einer internationalen und interregionalen System- und Politikkonvergenz im Sinne eines Konditionenwettlaufs nach unten – einem "race to the bottom" (s. z. B. Wilson 1996, Sinn 1997, Martin 1997, Lindlar, Trabold 1998).

Aber zu globaler sozio-ökonomischer Vereinheitlichung im Sinne "gleicher" oder gleichmäßiger Entwicklung bzw. Konvergenz der Lebensverhältnisse ist die kapitalistische Marktwirtschaft im allgemeinen und sind im besonderen die inganggesetzten deregulierten (und markttheoretisch begründeten) Globalisierungsmechanismen (als fortgeschrittenes Beispiel mag der EG-Binnenmarktmechanismus gelten) nicht geeignet – im Gegenteil: die natürlichen und kulturellen Bedingungen auf der Welt sind zu unterschiedlich, als dass es unter den gegebenen Mechanismen zu einer globalen Konvergenz der Lebensverhältnisse kommen könnte. Die Arbeitsteilung zwischen "oben" und "unten", zwischen bloßen Ressourcenbereitstellern und Kapitalbereitstellern, zwischen Abhängigen und Entscheidern, zwischen "Peripherien" und Entscheidungszentren (natürlich mit vielen, die "dazwischen" liegen), bleiben und verstärken sich. Nicht umsonst wird der Globalisierungsbegriff vielfach abgelehnt und stattdessen von einer Triadisierung gesprochen. Gleichwohl bleibt, dass

Ressourcen und potentielle Märkte global in den Verwertungsprozess eingeordnet werden. Und soweit die realen Bedingungen regional unterschiedlich bleiben und z. T. sogar divergieren, soweit müssen auch nationale und regionale Politiken – in ihrem Konditionenwettbewerb nach "unten" – unterschiedlich bleiben, da sie räumlich-kulturell in gewisser Weise angepasst sein müssen (s. z. B. Jessop 1994, Bellak 1995, Svetlicic, Singer 1996, Elsner 1999).

Was bleibt, ist jedoch nicht Diversität, sondern hierarchische Uniformierung bei Diversitätsabbau und ungleichmäßiger Entwicklung (mit allen Möglichkeiten, die sich gut ausgestatteten Regionen im deregulierten Wettkampf bieten mögen). Das überkommene Maß an kultureller Diversität scheint gefährdet – und damit die Resilienz der globalen Sozio-Ökonomie (s. dazu weiter unten).

Die "Markt"-Theorie als Beschleunigungs- und als Ersatzmechanismus

6. Hinzukommt, dass wir zwischen den realen Dimensionen von Problemen und Problemlösungen und ihrer ideologischen Dimension immer weniger unterscheiden können. Anscheinend ist die "Markt"-Theorie, diese zunehmend vorherrschende Vorstellung von der Welt, zum Beschleunigungsmechanismus bei der Umstrukturierung der Welt geworden (und z. T. zum Ersatz-Mechanismus für reale Problembewältigung): wir warten nicht mehr ab, bis ein reales Problem entstanden oder hinreichend deutlich absehbar ist, wir es analysiert haben und einen angemessenen Lösungsweg entwickeln können. Das Ideal "des Marktes", den ja niemand wirklich kennt – ausser als abstraktes Modell – oder operational definieren könnte, die vollkommene Konkurrenz wird – mit all ihren bekannten theoretischen und methodologischen Defiziten und diffusen Anwendungsbezügen für die Realität genommen – und zum eindeutigen, allzeit paraten, schnelle und einfache "Lösungen" am laufenden Band produzierenden "neo-liberalen" gesellschaftspolitischen Programm. (Dabei ist dieses übrigens weder "neo" (neu) noch kann es aufgrund seiner Interessenbindung, Inhalte, Ziele und Mittel wirklich "liberal" sein). Wir haben es dabei mit einer Art diffusen und daher vielleicht umso schlagkräftigeren "Markt"-Fundamentalismus zu tun. Das unter Führung der mächtigsten kapitalistischen Staaten der Welt im Rahmen der OECD aus-

gehandelte und nur durch Zufall an die Öffentlichkeit geratene geplante Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das keinerlei Regeln und Gesetze mehr kennt ausser denen des "Weltmarktes", mag hier als erschreckendstes Beispiel dienen. Auf die Diskussionen über "den gesellschaftspolitischen Imperialismus der reinen Ökonomie" (s. Henkel u. a. (Hg.) 1998) oder die "totale Marktgesellschaft" (Ulrich 1998; s. a. Büscher (Hg.) 1998) sei verwiesen.

Unterm Strich bleibt eine anscheinend undurchschaubare Verflechtung realer und ideologischer Faktoren bei der globalen Umwälzung der Kulturen zugunsten der Verfügbarmachung aller Ressourcen und Bedürfnisse zu günstigsten Konditionen.

Die globale Verbreitung einer einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ideologie, so ist inzwischen in zahlreichen kritischen Untersuchungen zur Globalisierung nachzulesen, ist jedenfalls einer der Hauptfaktoren der skizzierten Umwälzungsprozesse geworden: "imitation of political ideology seems more important than market forces" (Unger, van Waarden (Eds.) 1995, 29 (Introduction); s. a. Keyman 1997).

7. Die sich anscheinend unbegrenzt global durchsetzende "Markt"-Theorie "erklärt", postuliert und beschleunigt nun – jenseits aller realen Problemlagen und differenzierten Entwicklungen, wie sie angedeutet wurden – in der Tat den Abbau kultureller Diversität weltweit, soweit diese das Funktionieren "der Märkte", also die günstigste Zurverfügungstellung der Ressourcen und potentiellen Märkte für kapitalverwertende Produktion, beeinträchtigen könnte (s. z. B. Bhagwati 1996), d. h. konkret die Zerstörung vornehmlich der sozialen Aspekte der verschiedenen kulturellen Systeme (s. z. B. wiederum Martin 1997, Lindlar, Trabold 1998). Gerry Sweeney hat dies kürzlich folgendermaßen ausgedrückt:

"... the socially cohesive environments are under considerable pressure from the currently dominant individualist culture and the decline of economies characterized by such a culture" (Sweeney 1995, 36).

8. "Globalisierung" und globale "Modernisierung" erhalten so eine eigentümliche, wesentlich ideologisch vermittelte Dialektik von Uniformierung und Ungleichentwicklung. Fuat Keyman spricht von einer "Universalisierung der modernen Identität" und kennzeichnet sie als eine ideologisch bedingte Auflösung von Diversität bzw. Differenz in (scheinbare) globale Einheitlichkeit,

und zwar als eine diskursive Schaffung ungleicher Entwicklung in globalem Maßstab (Keyman 1997, 47 f.).

So haben wir es also anscheinend mit einer global wirkenden Ideologie mit globalem, wenngleich tatsächlich hochgradig ungeklärtem, Gültigkeitsanspruch zu tun, die den Umbruch sozio-ökonomischer Kulturen nach einem einzigen, engen Kriterium und Ziel "erklärt", postuliert und beschleunigt. Ihre realen Folgen sind nicht nur hinsichtlich der i. e. S. ökonomischen Performanz höchst zweifelhaft, sondern sozial und für die Gesamtzusammenhänge, Kerneigenschaften und Identitäten der verschiedenen sozio-ökonomischen Kulturen z. T. verheerend. Ihr uniformierender Impetus ist unter den gegebenen Bedingungen in globalem Maßstab kulturzerstörend und diversitätsreduzierend.

9. Die "Markt"-Theorie besitzt inzwischen moderne, "evolutionäre" Varianten, die ihre intellektuelle Attraktivität zu steigern vermögen, aber ihre grundlegende Orientierung nicht unbedingt verändern. In diesen Varianten setzt sie vorwiegend auf das Konzept der marktlichen Selektion, also auf einen dynamisierten theoretischen Uniformierungsmechanismus. Der "Markt" mag in diesem Zusammenhang zwar fruchtbar als Suchmechanismus und stochastischer Innovationsgenerator modelliert werden, aber er soll stets wieder hin zur Uniformität nach dem Kriterium der Marktgängigkeit und "Wettbewerbsfähigkeit" selektieren, und dafür haben alle Beteiligten wiederum die "marktkonformen" Bedingungen zu schaffen. Eine Diversität institutioneller Arrangements, insbesondere eine Diversität sozio-ökonomischer Allokationsmechanismen selbst, bleibt ausgeschlossen.

Sozio-Ökonomie, Evolution und Diversität

10. In der Tat ist eine zentrale Auffassung von Sozio-Ökonomen i. w. S. sowie institutionalistisch und evolutionstheoretisch arbeitenden Ökonomen die theoretische Vorstellung und Handlungsorientierung, dass Diversität im evolutionären sozio-ökonomischen Prozess stets vorhanden war und reproduziert werden muss, wenn ein Gesamtsystem leistungsfähig bleiben soll. Seit ziemlich genau einem Jahrhundert, seit Veblens Begründung der institutionalistischen Ökonomie im Jahre 1899 (s. Veblen 1899) ist ein Verständnis (und ein entsprechendes Paradigma) dafür entstanden, dass die Stabilität, Problemverarbeitungskapazität (Re-

silienz) und Überlegenheit von Systemen von ihrer Diversität, einer entsprechenden Komplexität und evolutionären Entwicklung abhängen (s. z. B. Haeupler 1995, Hong, Page 1998). Der mechanischen Analogie der Neoklassik wurde somit eine aufgeklärte, moderne – keineswegs etwa bloß selektionsorientierte und damit tendenziell sozialdarwinistische, sondern auch reflexive und diskursive – biologische Analogie entgegengestellt (s. als Überblick z. B. Hodgson 1994, Khalil 1998), Kultur als (erweitertes) Ökonomie-Konzept, als Gesamtheit der institutionellen Arrangements einer (Sub-) Population entwickelt (s. z. B. Mayhew 1994) und so die Evolutionstheorie für die Sozio-Ökonomie fruchtbar gemacht (s. z. B. a. Faber, Proops 1998, an die Begründung einer evolutions-theoretischen Ökologischen Ökonomik durch Georgescu-Roegen (1971) sei hier nur erinnert).

Sozio-Ökonomie i. w. S. ist heute – analog etwa zu den Auffassungen der modernen Physik – keine Wissenschaft der materiellen Produkte mehr, sondern eine Wissenschaft der in den Beziehungen zwischen den Akteuren angelegten Potentiale.

11. Diversität ist also ein zentrales wirtschaftstheoretisches und auch wirtschaftspolitisches Konzept im Kontext einer modernen, umsichtig und angemessen angewendeten biologisch-evolutionären Analogie (s. z. B. wiederum Delorme, Dopfer, (Eds.) 1994).

Diversität meint natürlich weit mehr als die bloße "Pluralität" der Erscheinungsformen, auf die sich die "westliche", "markt"-orientierte Kultur angesichts der relativen Üppigkeit ihrer Produktionsergebnisse und ihrer Produktvielfalt gerne bezieht. Diese Pluralität bleibt, gemessen an globaler "gewachsener" Vielfalt von Formen und Funktionen, begrenzt und weitgehend äusserlich, da die "Technik" im Innern weitgehend (und zunehmend) einem Standard angepaßt ist.

Eine Klärung wesentlicher Analogien zwischen dem modernen biologischen Evolutionsverständnis und seinen Hauptmechanismen und einer evolutionstheoretisch informierten Sozio-Ökonomie, also eine umsichtige Übertragung und Sinnhaftmachung zentraler biologisch-evolutionärer Konzepte für sozio-ökonomische Prozesse (s. Abb. 1 zur Illustration), läßt erkennen, wie leicht man den Kernpunkt eines evolutionären Verständnisses verlieren kann und in sozialdarwinistische Plattheiten und Gefahren abrutschen kann, würde man Evolution auf Selektion und Imitation reduzieren. Dies würde die Evolution auf einen Uniformierungsmechanismus

reduzieren, der zwar eine Affinität mit der neoklassisch-neoliberalen "Markt"-Konzeption besitzt, aber eben mit der Vorstellung "marktlichen" Wettbewerbs von sich "gleich" Machenden und "gleich" Gemachten auch in die Richtung einer globalen Reduzierung kultureller Diversität führt und damit wiederum die langfristige Anpassungsfähigkeit des globalen Systems beeinträchtigen würde – von der Beeinträchtigung der einzelnen mehr oder weniger gewaltsam uniformierten regionalen Kulturen ganz abgesehen.

Das Ökosystem "denkt" ja nicht daran, sich durch ausschließlich uniformierende Mechanismen "totzuoptimieren" sondern sichert seine Überlebensfähigkeit und Leistungsfähigkeit durch gesonderte Diversifizierungsmechanismen und Diversitätsschaffung, wie z. B. permanentes "Experimentieren" und Mutieren bis in die elementarsten bio-chemischen Bausteine hinein, sowie v. a. durch die Sicherstellung einer nicht beliebigen Kreuzungsfähigkeit ("Isolationsfaktoren"). Gerade diese Isolationsfaktoren verweisen auf die Notwendigkeit einer reflexiven, bewußten Beschränkung gegenüber beliebigem globalem Kulturrex- und -import und der Sicherung, Bewahrung und Förderung regionaler kultureller Identitäten.

Interessanterweise kommen auch ökonomische Modelltheorien heute – weit jenseits von Gleichgewichtsvorstellungen – zunehmend zu ähnlichen Ergebnissen (s. z. B. zur Übersicht: Umbhauer 1998a, 6 ff., ferner: id. 1998b, oder Jonard, Yildizoglu 1998 als Beispiel für die Diskussion über multiple und lokale Gleichgewichte).

Dabei kennen wir sowohl im Ökosystem wie in sozio-ökonomischen Systemen auch das Phänomen hoher Stabilität formenarmer Systeme: die subtropische Wüste und der europäische Buchenwald sind – wie z. B. auch abgeschlossene und formenarme Sozio-Ökonomien – von hoher (statischer) Stabilität. Dynamik findet an den Schnittstellen, in der Interaktion verschiedenster Formen statt, wobei Aufschließung und Interaktion einerseits und Abschließung und Eigenentwicklung ("Isolation") andererseits möglicherweise in einem notwendigen und produktiven zyklischen Wechsel zueinander stehen. Dynamische Stabilität und Resilienz eines Systems, seine Fähigkeiten zu Selbstorganisation, Autopoiese, Homöostase und Equifinalität, also alle, in den verschiedenen Fachwissenschaften diskutierten komplexen Fähigkeiten von Systemen, sind jedenfalls abhängig von Diversität, Komplexität, einer spezifischen Dialektik von Interaktion

und relativer Eigenentwicklung, von Zeit (s. weiter u.) sowie von Redundanz. Auch Interaktion und Austausch müssen anscheinend stets vor zu großer Routine bewahrt werden. Feste vernetzte Kooperationen müssen daher durch redundante Formen, die in nur loser Kopplung mit bestehenden agieren, ergänzt werden. Ökosysteme produzieren diese

Redundanz und lose Kopplung gemeinsam mit der Diversität naturwüchsig. Die Fähigkeit zu dynamischer Stabilität, soweit sie auch aus Redundanz und loser Kopplung resultiert, ist aber auch in der Sozio-Ökonomie regionaler Systeme bekannt (s. z. B. Grabher 1993).

Darstellung 1					
Diversität, Identität und Interaktion – Einige grundlegende Analogien zwischen biologischer und sozio-ökonomischer Evolution					
Basis-Potential	Rahmenbedingungen	Reaktionen	Vereinheitlichungs-Mechanismen	Diversifizierungs-Mechanismen	System-Ergebnis
Öko-System					
Gen-Pool	Öko-Faktoren - Nischen - Zufallsänderungen	Adaptationen - Isolation - (Zufalls-) Anpassungen	Selektion	- Mutation - Isolationsfaktoren	- Erhalt von Diversität , Komplexität und Abundanz - Stabilität und Anpassungsfähigkeit des Gesamtsystems (Resilienz)
				Kreuzung	
Sozio-Ökonomisches System					
Wissens-Pool (Soziale Institutionen, Organisationen, Schrift u.ä.)	Sozio-ökonomische "Rahmenbedingungen" - "Nischen" - Zufallsänderungen	Adaptationen - Lokale Gleichgewichte - Suchen, Experimentieren, Lernen	- Institutionalisierung - Selektion - Imitation der "Besten"	- "Mutation" : Experimentieren, Fehler, Mißverständnisse - "Isolationsfaktoren" : Bewußte Bewahrung und Förderung kultureller Identitäten	- Bewußter Erhalt der kulturellen Diversität bei Interaktion , Schaffung von Redundanz - Stabilität und Anpassungsfähigkeit des Gesamtsystems (Resilienz)
				"Kreuzung" : Informationsaustausch Diskurs	

12. Die Auffassung, dass die Leistungs- und Überlebensfähigkeit einer globalen Population wesentlich von der Sicherung von Diversität, also regionaler kultureller Identitäten, insbesondere der

Sicherung der Vielfalt, Komplexität und Redundanz von organisatorischen Formen, Arbeitsformen und sozialen Interaktionsformen abhängig ist, speist sich heute aus vielen theoretischen Quellen. Die

Vorsorgende Ökonomie, die Haushaltsökonomie und Feministische Ökonomie sind hier ebenso zu nennen wie die kommunitaristische Sozio-Ökonomie, der evolutionäre Institutionalismus und die Ökologische Ökonomie. Sie alle kennen die Bedeutung z. B. von Konzepten der Ungleichzeitigkeit und der jeweiligen "Eigenzeiten" komplexer Systeme, von räumlicher Nähe und räumlichen Besonderheiten (s. z. B. Biesecker 1996, Hofmeister 1999).

Überhaupt wird Zeit zur kritischen Variable. Evolution braucht Zeit, und die Entfaltung der Potentiale, die in Beziehungen enthalten sind – so etwa die innovative Kraft von Vertrauen im Rahmen von Netzwerk-Strukturen, als zeitabhängiger Prozess in der angewendeten Regional and Industrial Economics weitgehend bekannt (s. wiederum Elsner 1999) – braucht Zeit. Die mechanistische Vorstellung einer beliebigen Beschleunigungsfähigkeit von Prozessen, und die tatsächliche Beschleunigung unter der Vorherrschaft eines mechanistischen Weltbildes behindern dagegen Evolution und reduzieren Diversität, indem sie diesen die notwendige Zeitgrundlage entziehen.

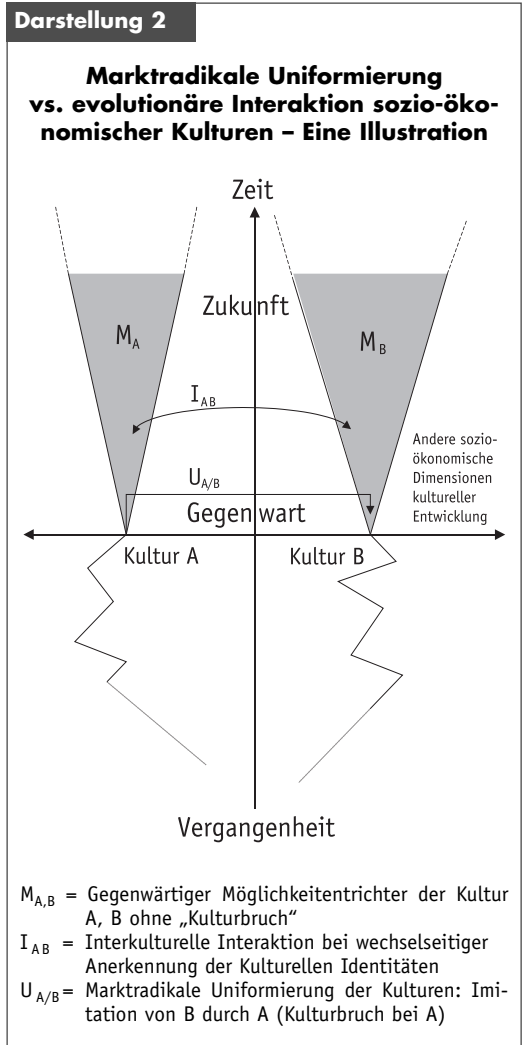
Gleichberechtigte Kooperation raum-zeitlich spezifischer Kulturen

13. Das Konzept der Diversität beinhaltet in einem evolutionstheoretischen Rahmen historische, irreversible Zeit und Pfadabhängigkeiten, also gerade nicht die beliebige Imitation, Reversibilität, Übertragbarkeit und Uniformierung raum-zeitlich spezifischer Kulturen. Es impliziert vielmehr die Notwendigkeit, die schwierige interkulturelle Interaktion so zu gestalten, dass die kulturellen Identitäten erhalten bleiben, anerkannt werden und die Chance haben, sich – wiederum in Interaktion mit anderen – weiterzuentwickeln (zur Illustration s. Abb. 2).

Globaler Austausch und globale Interaktion und Kooperation können nur unter dieser Bedingung nachhaltig sein. Eine kulturell diversifizierte Welt könnte dann nicht nur eine auf neuer Basis interagierende und kooperierende Welt sein, Interaktion kann dann sogar, und muss, Weiterentwicklung des "Wissens-Pools" bei Erhalt von Diversität sein, wenn sie nicht mehr mit Macht, Beherrschung und Imitation bzw. Überstülpen (also Im- und Export) von "Modellen" einhergeht.

Mit Bezug auf das Konzept der Nachhaltigkeit im Rahmen des Nord-Süd-Handels haben Giampietro und Mayumi dies jüngst formuliert:

"We suggest that, in view of sustainability, it is fundamental to acknowledge .. the importance of preserving the identity and integrity of economic systems in different regions of the world ... at national and regional levels" (Giampietro, Mayumi 1998, 20).



Der Spieltheoretiker und Sozio-Ökonom Roger Sugden hat jüngst ein Konzept für "multinational webs" vorgeschlagen und ähnlich charakterisiert:

"Strategies must take account of particular histories ... it is not even sufficient simply to be rooted in local histories, multinational webs can

only be borne out of, and be grown from, such histories" (Sugden 1996, 28).

Fuat Keyman fordert am Ende seines Buches über "Globalization, State and Identity/Difference" als Orientierung: "Locating Difference in ... Theory" (Keyman 1997, 192 ff.). Grabher und Stark schließlich haben mit Blick auf die Transformationsprozesse in Osteuropa unter dem Titel: "Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis and Postsocialism" gewarnt:

"... allencompassing privatization and marketization might foster adaptation in the short run, the consequent loss of organizational diversity will impede adaptability in the long run" (Grabher, Stark 1997, 533).

Eine weitere Instanz mit lokalem Bezug soll am Schluss herangezogen werden: die Universität Bremen war erst im Oktober 1998 Ort einer anderen Tagung über Globalisierung und interkulturelle Diversität: die Deutsche Gesellschaft für Volkskunde tagte unter dem Titel "Lokale Kulturen in einer globalisierten Welt".

Unterstützung und Hindernisse

14. Bei soviel Unterstützung und Ansporn aus unserer Disziplin und aus Nachbardisziplinen kann davon ausgegangen werden, dass Sozio-Ökonomen i. w. S., von diversen theoretischen Positionen kommend, mit diversen praktischen Erfahrungen ausgestattet, für diverse Anwendungsfelder interaktiv Erhebliches zu dieser noch relativ neuen, jedoch lebenswichtigen Thematik beitragen können.

15. Diversität und nachhaltige Interaktion und Kooperation der Kulturen müssen gestaltet werden und werden bereits in zahllosen Initiativen regionaler oder international vernetzter Art organisiert – ggf. entgegen den Trends. Das zeigt auch das Hoffnung Machende in den realen Entwicklungen, dass nämlich Modelle sich immer noch nur mit Schwierigkeiten interkulturell übertragen und exportieren lassen und dass Versuche der Uniformierung immer noch Gegenkräfte und -bewegungen freisetzen und motivieren. In einer institutsinternen Diskussion der hier vorgetragenen Überlegungen wurde deutlich auf "die einer Nivellierung widerständig gegenüberstehenden bottom-up-Prozesse" hingewiesen. Diese reichen von Agenda 21-Prozessen bis hin zur mexikanischen Chiapas-Bewegung, die heute versucht, ihren Widerstand gegen die zerstörerischen Folgen "neo-liberaler" Weltmarkt-Konditionierung in ihrer Region in von

ihr organisierten internationalen Konferenzen, gerade auch unter dem Aspekt der Erhaltung regionaler Kulturen, zu kommunizieren.

16. Wir sind weit davon entfernt, ein klares Bild von den theoretischen und politischen Zusammenhängen sowie den Handlungsmöglichkeiten zu besitzen. Noch schlimmer: angesichts theoretisch angeleiteter kultureller Zerstörung und Diversitätsreduktion können wir immer weniger auf "evolutionäre" Automatismen setzen. Die Literatur enthält zwar inzwischen viele Hinweise auf die Notwendigkeit und das "Wie" der Planung und Gestaltung einer kulturell diversen und gleichberechtigt-kooperativ interaktiven Welt, wie angedeutet wurde. Aber dieses Ziel ist eben in gewisser Weise ein "Kollektivgut", und "Kollektivgüter" kommen bekanntlich umso schwerer zustande, je individualistischer die Kultur geworden ist. Hier liegt die Schwierigkeit und die theoretische, empirische und praktische Herausforderung der Frage von Vielfalt, Modernität und Zukunftsfähigkeit – allemal eine große und vornehme Aufgabe für die Sozio-Ökonomie.

Literatur

- Bellak, Christian, 1995, International trade, multinational enterprise, and industrial policy choice, in: Unger, B., van Waarden, F., (Eds.), 80-107.
- Bhagwati, Jagdish, 1996, The Demands to Reduce Domestic Diversity among Trading Nations, in: Bhagwati, J., Hudec, R.C., (Eds.), 9-40.
- Bhagwati, J., Hudec, R.C., (Eds.), 1996, Fair Trade and Harmonization. Prerequisites for Free Trade?, Vol. 1, Cambridge (Mass.), London (Engl.): The MIT Pr.
- Biesecker, Adelheid, 1996, Vorsorgendes Wirtschaften braucht Zeiten. Gedanken zu "Ökonomien in Zeiten" anstelle einer "Ökonomie der Zeit", Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie Nr.16, Universität Bremen.
- Büscher, Martin, (Hg.), 1998, Markt als Schicksal? Zur Kritik und Überwindung neo-liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bochum: SWI – Verlag des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- Cohendet, Patrick, Llerena, Patrick, Stahn, Hubert, Umbhauer, Gisèle, (Eds.), 1998, The Economics of Networks, Interaction and Behaviours, Berlin, Heidelberg, New York: Springer.
- Delorme, Robert, Dopfer, Kurt, (Eds.), 1994, The Political Economy of Diversity. Evolutionary Perspectives on Economic Order and Disorder, Aldershot, UK, Brookfield, US: Edward Elgar.
- Elsner, Wolfram, 1998, Modernisierung und Wertkonservatismus an den Beispielen Staat und Region, Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie Nr. 25, Universität Bremen, erschienen als: Die Zukunft unserer Städte und Regionen. Städte und Regionen im Konkurrenzkampf und die Kehrseiten des Neuen Regionalismus, in: WSI-Mitteilungen, 51. Jg., Heft 11, 778-786.
- Elsner, Wolfram, 1999, An Industrial Policy Agenda 2000 And Beyond – Experience, Theory and Policy -, in: W. Elsner, J. Groenewegen (Eds.), New Challenges to Industrial Policy, Boston, Dordrecht, London: Kluwer Acad. Publ. (forthcoming).

- Faber, Malte, Proops, John L.R., 1998, *Evolution, Time, Production and the Environment*, Berlin, Heidelberg, New York: Springer, third ed.
- Georgescu-Roegen, Nicholas, 1971, *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge (Mass.): Harvard Univ. Pr.
- Giampietro, Mario, Mayumi, Kozo, 1998, *Another View of Development, Ecological Degradation, and North-South Trade*, in: *Review of Social Economy*, Vol. LVI, 20-36.
- Grabher, Gernot, (Ed.), 1993, *The embedded firm. On the socio-economics of industrial networks*, London, New York: Routledge.
- Grabher, Gernot, Stark, David, 1997, *Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis and Postsocialism*, in: *Regional Studies*, Vol. 31.5, 533-544.
- Haeupler, Henning, Art. "Diversität", in: W. Kuttler (Hg.), *Handbuch zur Ökologie*, Berlin: Analytica, 99-104.
- Henkel, Heinrich A., Neumann, Lothar F., Romahn, Hajo, (Hg.), 1998, *Gegen den gesellschaftspolitischen Imperialismus der reinen Ökonomie. Gedächtnisschrift für Gerhard Weisser*, Marburg: Metropolis.
- Hodgson, Geoffrey M., 1994, Art. "Evolution, Theories of Economic", in: G.M. Hodgson, W. J. Samuels, M.R. Tool (Eds.), *The Elgar Companion to Institutional and Evolutionary Economics*, Aldershot, UK, Brookfield, US: Edgar Elgar, Vol. 1, 218-224.
- Hofmeister, Sabine, 1999, *Über die Produktivität des Reproduktiven – Der Beitrag des Konzeptes "Vorsorgendes Wirtschaften" zum Nachhaltigkeitsdiskurs*, in: E. Hoffmann, S. Hofmeister, I. Weller, (Hg.), *Nachhaltigkeit und Feminismus. Neue Perspektiven, alte Blockaden*, Bielefeld (ersch. demnächst).
- Hong, Lu, Page, Scott E., 1998, *Diversity and Optimality*, www:\Tesoro\Diversity.zip, April 1, 1998.
- Jessop, Bob, 1994, *Changing forms and functions of the state in an era of globalisation and regionalisation*, in: Delorme, R., Dopfer, K., (Eds.), 102-125.
- Jonard, N., Yildizoglu, M., 1998, *Technological diversity in an evolutionary industry model with localized learning and network externalities*, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, Vol. 9, 35-53.
- Keyman, E. Fuat, 1997, *Globalization, State, Identity/Difference. Toward a Critical Social Theory of International Relations*, New Jersey: Humanities Pr.
- Khalil, Elias L., 1998, *The Five Careers of the Biological Metaphor in Economic Theory*, in: *Journal of Socio-Economics*, Vol. 27, 29-52.
- Lindlar, Ludger, Trabold, Harald, 1998, *Globalisation, Unemployment and Social Inequality: A Farewell to Welfare?*, in: *Konjunkturpolitik*, Vol. 44, 1-30.
- Martin, Andrew, 1997, *What does Globalization Have to Do With the Erosion of Welfare States? Sorting Out the Issues*, Centre for Social Policy Research, Univ. Bremen, ZeS-Arbeitspapier 1/1997.
- Mayhew, Anne, 1994, Art. "Culture", in: G.M. Hodgson, W.J. Samuels, M.R. Tool (Eds.), *The Elgar Companion to Institutional and Evolutionary Economics*, Aldershot, UK, Brookfield, US: Edgar Elgar, Vol. 1, 115-119.
- Ruigrok, Winfried, van Tulder, Rob, 1995, *The Logic of International Restructuring*, London, New York: Routledge.
- Sinn, Hans-Werner, 1997, *The selection principle and market failure in systems competition*, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 66, 247-274.
- Sugden, Roger, 1996, *Multinational Economies and the Law of Uneven Development*, Occasional Papers in Industrial Strategy, No. 37, Research Center for Industrial Strategy, The Univ. of Birmingham.
- Svetlicic, Marjan, Singer, Hans W., 1996, *World Economy: Challenges of Globalisation and Regionalisation*, in: M. Svetlicic, H. W. Singer, (Eds.), *The World Economy. Challenges of Globalisation and Regionalisation*, Houndmills, London: Macmillan, 15-37.
- Sweeney, Gerry, 1995, *National Innovation Policy or a Regional Innovation Culture*, EUNIP Working Papers in European Industrial Policy, No. 1, Birmingham: The Univ. of Birmingham, Research Centre for Industrial Strategy.
- Ulrich, Peter, 1998, *Wider die totale Marktgesellschaft – Zur Ideologie-Kritik des neoliberalen Ökonomismus aus der Perspektive der integrativen Wirtschaftspolitik*, in: W. Elsner, W.W. Engelhardt, W. Glastetter (Hg.), *Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Sozialökonomik und Gesellschaftsreform heute*, Fs. für Siegfried Katterle, Berlin: Duncker & Humblot, 121-143.
- Umbhauer, Gisèle, 1998a, *Introduction*, in: P. Cohendet et al. (Eds.), 1-13.
- Umbhauer, Gisèle, 1998b, *Can Neighborhood Protect Diversity?*, in: P. Cohendet et al. (Eds.), 167-188.
- Unger, Brigitte, van Waarden, Frans, (Eds.), 1995, *Convergence or Diversity? Internationalization and Economic Policy Response*, Aldershot, UK, Brookfield, US: Avebury.
- Veblen, Thorstein B., 1899, *The Theory of the Leisure Class*, repr. Harmondsworth (Engl.): Penguin Books, 1979.
- Wilson, J.D., 1996, *Capital Mobility and Environmental Standards: Is there a Theoretical Basis for a Race to the Bottom?*, in: Bhagwati, J., Hudec, R.E., (Eds.), 393-427.

Zerstörung und künstliche Neuerschaffung der Welt

"Hinter der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren Kriegen und Krisen weltweit steht ein Transformationsprojekt zum Zwecke der angeblich möglichen und wünschenswerten Weltverbesserung, an das wir alle glauben (sollen). Es ist das, was wir unter Fortschritt, Entwicklung, Evolution verstehen: Die Schaffung einer neuen, angeblich besseren und von Natur(-schöpfung) unabhängigen Welt. ... Das männliche Schöpfungsprojekt einer 'Schöpfung aus Zerstörung' ist heute sichtbar an den Biotechnologien, insbesondere der Gentechnologie und der 'künstlichen Intelligenz', also der erweiterten Computertechnologie. Es ist in sich selbst zum Scheitern verurteilt, weil man unseren Globus und seine Geschöpfe nicht wirklich 'positiv' in etwas anderes verwandeln kann."

Prof. Dr. Claudia von Werlhof, Wie kommt es zum 'heissen Frieden' und zur herrschaftsfreien Demokratie?, in: Schlaininger Schriften zur Friedens- und Konfliktforschung - Leopold-Kohr-Vorlesungen Band 1, Wien 1998, S. 169.

Welche Globalisierung wollen wir?

Johannes Heinrichs

Zwei aktuelle Begriffe von Globalisierung

Die Menschheit ist wirtschaftlich, technologisch-zivilisatorisch, massenmedial und in gewissem Maße schon bewusstseinsmäßig unwiderruflich zu einer Einheit zusammengewachsen. Es gibt einen globalisierten Weltmarkt, ein bei uns Reichen wenig beachtetes Welthunger- und ein auch in den Industrieländern wieder spürbares Weltarmutsproblem, darüberhinaus eine lebensgefährliche ökologische Weltproblematik. Ob man nun die ökologische oder die ökonomisch-soziale Problematik für gefährlicher und vordringlicher hält – ich neige zur Akzentuierung der letzteren, zumal unsere "Naturprobleme" in Wahrheit Gesellschaftsprobleme sind – , jedenfalls stellt sich in nie dagewesener Dringlichkeit die Frage, ob und in welchem Sinne Weltstaatsstrukturen erstrebenswert und realisierbar sind. Keine staatliche Ordnung bzw. Unordnung ist heute mehr „natürwüchsig“, ohne theoretisch legitimierende Fundamente. Dasselbe gilt nunmehr von der Menschheit. Es gibt nur die Alternative: den partikularen Interessen und Ideologien freien Raum zu lassen (was heute lebensgefährlich, jedenfalls äußerst leidvoll wäre) oder einem sozial-ethisch-normativen Denken eine wirkliche Chance zu geben.

Das seit Mitte der neunziger Jahre nicht ohne Grund zum Schlagwort gewordene Wort „Globalisierung“ bedeutet vor allem: freier, computergestützter Fluss der grenzenlos ineinander konvertierbaren Währungen. Martin und Schumann haben dieses grenzübergreifende Spiel in ihrem brillanten Buch „Die Globalisierungsfalle“ kenntnisreich geschildert – und kompetent kritisiert. Sie nennen das von keiner Regierung mehr steuerbare Billiardenspiel auf dem Finanzweltmarkt eine „Diktatur mit begrenzter Haftung“, begrenzte Haftung deshalb, weil die Regierungen stets zur Stützung einer angeschlagenen Währung eingreifen, um einen weltweiten Börsenkrach möglichst lange aufzuschieben, jedoch sonst wenig Einfluss auf die Spekulation und ihre Wirkungen nehmen können. „Gegen diese Mächte wagte bislang keine Regierung anzutreten. Stets wurden alle Reformen zurückgepfiffen. Trotzdem sind die Tage der globalen Finanzanarchie gezählt. Über kurz oder lang

wird nichts anderes übrigbleiben, als die Kapitalmärkte erneut rigider staatlicher Aufsicht zu unterstellen“ (Martin/Schumann 1997: 123).

Diese Autoren sind sich des Umverteilungsmechanismus von unten nach oben durch den Zinseszins durchaus bewusst, indem sie von der 20:80-Gesellschaft oder Einfünftelgesellschaft sprechen: Nur ein Fünftel der Menschen wird noch für bezahlte Arbeit gebraucht und wird am kommenden Produktivitätsboom profitieren, wenn der regulierende Primat der Politik über den politisch freigegebenen globalen Markt nicht wieder unter den Primat einer vernünftig steuernden Politik gebracht wird. Weiter: „358 Milliarden sind gemeinsam so reich wie insgesamt 2,5 Milliarden Menschen, fast die Hälfte der Weltbevölkerung“ (ebd. 40).

Sicher könnte man sich deutlichere Worte darüber wünschen, dass erst sekundär die globale Spekulation, primär überhaupt die Möglichkeit arbeitslosen Einkommens aus dem sich selbst vermehrenden Geldvermögen die Quelle des weltweiten Unheils darstellt. Doch für den ersten Schritt wäre der Vorschlag des Nobelpreisträgers James Tobin durchschlagend. Wissenschaftlich gibt es offenbar kein ernstzunehmendes Argument gegen dessen Vorschlag einer Devisensteuer. Als Gebühr zur Neutralisierung des Liquiditätsvorteils von Geld zu Ende gedacht, würde eine solche Steuer zum Abbau des Zinseszinsystems führen.

In dieser jetzt aktuellen Bedeutung von „Globalisierung“ im monetären Sinn (Globalisierung 2) spitzt sich nur zu, was schon vor 150 Jahren als unaufhaltsame Dynamik des Kapitalismus, als unaufhaltsame Internationalisierung von Konsumtion, Produktion und Handel (Globalisierung 1) geschildert wurde:

„Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten

Zonen angehörende Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimata zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen wird eine Weltliteratur“ (Marx 1971: 821 f.).

Fragestellung

In den letzten Sätzen gehen die beiden Verfasser des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ (1848) über die scharfsichtige Analyse der vom permanent revolutionisierenden Kapitalismus geprägten Weltwirtschaft hinaus in den kulturellen Bereich. Das Stichwort „Weltliteratur“ war wenige Jahrzehnte zuvor von Goethe vorgegeben worden – allerdings nicht in dem Sinne, dass Weltliteratur an die Stelle der nationalen Literaturen treten könnte wie heute der Weltmarkt an die Stelle der Nationalökonomien. Hier gehen diese genialischen Internationalisten etwas unvorsichtig über ihren wirtschaftlich-politischen Horizont hinaus. Es entspricht ihrer ökonomistischen Sicht, Kultur und Weltanschauung als von der wirtschaftlichen Basis abhängigen „Überbau“ derart im Sog der wirtschaftlichen Globalisierung zu sehen, dass für nationale Kulturen kein Raum mehr bleibt. Ist das der Lauf der Dinge?

Die Frage, wie sich Wirtschaft, Politik, Kultur und schließlich religiöses Ethos zueinander in bezug auf Globalisierung verhalten, bildet nun gerade die Leitfrage der folgenden Ausführungen, während die beiden bisherigen Begriffe von „Globalisierung“ beide ökonomischer Art waren.

Streit um die ökonomische Globalisierung

Zuvor sollen noch einige ökonomische Überlegungen vorangeschickt werden. Die Globalisierung 1 im Sinn von Konsum, Produktion und

Handel bedeutet heute tendentiell Verlagerung der noch nicht vollautomatisierten, lohnintensiven Produktion in Billiglohnländer und weltweite Nutzung von Steuervorteilen bzw. die Erpressbarkeit der Nationalstaaten. Damit ist das Ende von „Nationalökonomie“ eingeläutet. „Volkswirtschaft“ und ihr Studium werden zur Weltwirtschaft und kosmopolitischen Weltwirtschaftslehre. Noch profitieren die „entwickelten“ wie „unterentwickelten“ Länder als ganze von solcher weltweiten Arbeitsteilung (Weizsäcker 1999, 47-57), weniger jedoch die Beschäftigten auf der nördlichen wie südlichen Hälfte des Globus: Die strukturelle Arbeitslosigkeit nimmt infolge der weiteren Automatisierung (d.h. Kapitalintensivierung) wie auch der Globalisierung selbst (d.h. Auslagerung von Lohnkosten) zumindest bei uns weiter zu (anders: Weizsäcker, a.a.O.).

Dass die Globalisierung 2, das computergestützte tägliche Billiardenspiel des Kasino-Kapitalismus, mit realwirtschaftlichen Vorgängen fast nichts mehr zu tun hat, jedoch für eine weitere Anhäufung der Riesenvermögen auf Kosten der arbeitenden bzw. arbeitslosen Menschen sorgt, gibt der praktizierende Börsianer George Soros zu (Soros 1998), während der Ökonomieprofessor C. Christian von Weizsäcker die These vertritt: „Der internationale Finanzmarkt dient mehrheitlich nicht der Spekulation, sondern ihrem Gegenteil: der Risikoabsicherung“ (Weizsäcker 1999: 121.166). Risikoabsicherung zu wessen Nutzen? Die Verlustrisiken finanzkräftiger Individuen und Gesellschaften sollen als Rechtfertigung dafür dienen, dass einige wenige mit dem Kasino-Spiel mehr verdienen als Milliarden von Menschen mit produktiver Arbeit und echten Dienstleistungen?

„Kapitalismus“ bedeutet hier das Wirtschaftssystem, für das a) der Dualismus von Lohnarbeit und Kapital, b) das Zinseszinsystem wesentlich sind. Dass es sich im Grunde um zwei Seiten derselben Medaille handelt, dass also die Aufgabe der zentralen Fiktion vom „arbeitenden Kapital“ zu anderen Unternehmensformen führen muss bzw. die Suche nach anderen Unternehmensformen mit realer Gewinnbeteiligung zugleich engstens mit der Abschaffung jener Fiktion zu tun hat, ist in freiwirtschaftlichen Kreisen noch zu wenig bedacht worden. Die von Gesell ererbte liberalistische, leistungsbezogene und unternehmerfreundliche Einstellung darf nicht vergessen machen, dass die produktiven Unternehmer zusammen mit den lohnabhängig Beschäftigten auf einer Seite stehen

gegenüber den bloßen Geldgebern oder Geldkapitalisten, seien es individuelle oder kollektive in Form von Aktiengesellschaften. Diese Leistungs-Seite muss aber zur Aufhebung des ihr immanenten Dualismus zwischen Lohnabhängigen und Unternehmern tendieren, wenn die Gemeinsamkeit der Leistung gegenüber der Nicht-Leistung der bloßen Kapitalgeber geltend gemacht werden soll. Der österreichische Exjesuit Johannes Kleinhappl (1893-1979) bezeichnete – nicht minder radikal als Marx – die “Bewirtschaftung des Menschen durch den Menschen” als vom Prinzip her unsittlich (Kleinhappl 1991, vgl. Heinrichs 1997:125-174)! Die Schaffung neuer, nicht-kapitalistischer, d.h. nicht vom Dualismus Arbeit und Kapital geprägter Unternehmensformen wäre zugleich ein konkreter Schritt in Richtung friedlicher Überwindung des Zinseszinsystems. Nur anfangs böte die Konkurrenz mit kapitalintensiveren kapitalistischen Unternehmen große Schwierigkeiten, solange das Geldkapital nicht zinsfrei, d.h. ohne die Fiktion seiner aktiven “Mitarbeit”, zu bekommen ist. (Risiko-prämie und Bankgebühren werden hier nicht als Zins bezeichnet, sondern nur die sogenannte Liquiditätsprämie sowie ein auf jener Fiktion beruhender Gewinnanteil.)

Was heißt “Primat der Politik”?

Noch dringlicher als in den bisherigen Volkswirtschaften stellt sich für die globale Weltwirtschaft die Aufgabe einer bewußt politischen bzw. gesamtsozialen Steuerung der Wirtschaft. Das bedeutet nicht etwa “Planwirtschaft”, sondern Rahmengesetzgebung für die Wirtschaft. Einerseits ist die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft ernst zu nehmen, andererseits jedoch die Notwendigkeit eines (wirtschafts-)politischen Rahmens. Auf Verwechslung von politischer Wirtschaftsgesetzgebung mit Planwirtschaft, von “freiem Markt” mit politischer Gesetzlosigkeit beruht die angesichts der ungeheuren Ungerechtigkeit und Armut in der Welt ebenso ungeheure Behauptung: “Die Weltprobleme werden dadurch gelöst, daß man der Wirtschaft die Führungsrolle vor der Politik überläßt” (Weizsäcker, 1999: 166). Nicht einmal unter freiwirtschaftlichen Voraussetzungen wäre diese Aussage richtig. Das bloße Recht des Stärkeren oder Glücklicheren oder Rücksichtsloseren könnte sogar in einer zinsfreien Wirtschaftsordnung, zu der wir ohne politische Entscheidungen ohnehin nie gelangen können, zu keiner gerechten Ordnung

führen. Jeder Markt ist selbst ein machtmäßiges Arrangement oder setzt politisch garantierte Rechtssicherheit voraus! Die schöne Vorstellung eines zwangsfreien Austausches von Gütern unter Gleichen und Freien stellt nicht mehr als ein liberalistisches Gedankenexperiment dar, dem die Realität im Einzelfall nie entspricht – eben weil die tauschenden Subjekte und ihre Beziehungen, die Machtverhältnisse zwischen den Tauschenden also hineinspielen – und daher muss die Regulierung von ihnen her ausgehen. Sie ergibt sich niemals auf Dauer automatisch aus den Güterverhältnissen. Das zwischenmenschliche Machtproblem ist notwendig dem wirtschaftlichen Sachproblem der Versorgung mit Gütern vor- und übergeordnet, sobald Wirtschaften nicht mehr bloß Auseinandersetzung von isolierten Individuen mit der Natur darstellt. Die Machtverhältnisse sind – handlungstheoretisch gesprochen – höher reflektiert als die Güterverhältnisse.

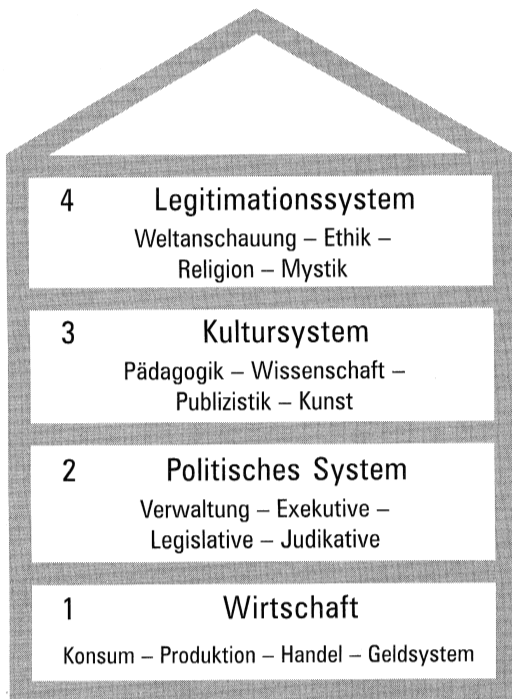
Den oft geforderten “Primat der Politik” findet der harmonisierende Neoliberale “unklar” (Weizsäcker 1999: 39 ff, 163) – wie alle Ökonomen, gleich ob liberalistischer oder marxistischer Prägung, weil sie die absolute Bestimmungsmacht der Wirtschaft über das soziale Ganze vertreten. Es ist aber nun einmal so, dass die Wirtschaft dem menschlichen Gemeinwesen als ganzem zu dienen hat – dass sie dies aber gar nicht ohne (gesetzliche) Willens-Vorgaben vom Ganzen her tun kann. Dabei ist Politik im engeren Sinn (= das Subsystem der Verteilung von Macht und Rechtskompetenzen) selbst nur ein erster, einseitiger Schritt in Richtung einer durchdachten, nicht “naturwüchsig” möglichen globalen Gesamtordnung. Die Unterscheidung der vier Subsysteme des Sozialen (Wirtschaft, Politik, Kultur, weltanschauliche Grundwerte), die schon auf nationaler Ebene von größter Bedeutung für die Demokratieentwicklung wäre, erweist sich auf globaler Ebene in gesteigertem Maße als wichtig, ja lebenswichtig für die Menschheit.

Antwort auf ökonomische Globalisierung: demokratisch kontrolliertes Weltwirtschaftsrecht

Die anfangs beschriebene ökonomische Globalisierung ist als Faktum nicht mehr aufzuhalten und kann als Fortsetzung der Freihandelspolitik nach dem 2. Weltkrieg (GATT usw.) in der Tat auf längere Sicht für alle Nationen vorteilhafter sein als

nationale Schutzzollpolitik. Wie das noch nicht abgeschlossene Beispiel MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) aber eindringlichst zeigt, kann die ökonomische Globalisierung durch die multinationalen Konzerne nicht mehr von Nationalstaaten allein reguliert werden. Dazu bedarf es dringend einer starken internationalen Wirtschaftsgesetzgebung von der politischen Ebene her, bevor die Welt tatsächlich ganz legal im Griff der großen Konzerne ist. Der Vorgang zeigt, wie abwegig und verschleiern die Vorstellung ist, die Wirtschaft werde es schon zum Besten aller richten, wenn sie nur nicht politisch behindert werde. (Dazu ausführlich: Mies/Werlhof, 1998). Selbst die so wünschenswerte Verwirklichung von zinsfreier Währung würde nicht die politisch-rechtlichen, kulturellen und weltanschaulichen Probleme einer "eins" gewordenen Weltkultur von allein beantworten.

Der faktisch schon geschehenen Globalisierung der Weltwirtschaft ist also nur politisch zu begegnen, dies aber im Sinn eines weiteren Politikbegriffs, der ausser der rechtlichen Strukturierung der



Der Viergliederungsgedanke, symbolisiert als Haus

kulturellen und weltanschaulichen Ebene des Sozialen auch die der Wirtschaft umfasst. Im Nationalstaat wie auf Weltebene gibt es die Sphäre des freigesellschaftlichen Handelns wie des rechtlich geregelten, beauftragten Amtshandels, das Berechtigte an der alten Doppelheit von Staat und Gesellschaft, die man sich als vertikale Scheidelinie längs durch das viergliedrige Haus vorstellen kann. (Siehe nebenstehende Darstellung.) Der Unterschied von Staat und Gesellschaft wird durch gesellschaftlichen Pluralismus auf jeder Systemebene gewährleistet: wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und weltanschaulich-religiösen Pluralismus (Heinrichs 1978).

Wirtschaftsstaatliche Strukturen auf Weltebene bedeuten nichts anderes als ein funktionierendes, kontrollierbares und durchsetzbares internationales Wirtschaftsrecht, einschließlich ökologischer Maßstäbe. In diesem strukturellen, nicht körperschaftlichen Sinne von Rechtsstrukturen brauchen wir einen Weltwirtschaftsstaat, und zwar einen starken, mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten: Er hätte nicht zuletzt die arbeitsfreien Geldflüsse durch Spekulation zunächst zu besteuern, sodann gänzlich zu unterbinden. Die jetzigen bilateralen wie multilateralen Handelsabkommen sind, wie jeder weiß, weit davon entfernt, Gerechtigkeit für die wirtschaftlich "schwächeren", wenngleich arbeitsamen Volkswirtschaften zu gewährleisten. Höchst wünschenswertes Ergebnis einer Entwicklung von Weltwirtschaftsrecht wäre auch ein internationales, zinsfreies "Freigeld" – während lokale alternative Währungen Sache von Nichtregierungsorganisationen (dem weltgesellschaftlichen Aspekt) wären.

Politische Globalisierung – offenes Rechtssystem statt Weltstaat

Weltwirtschaftliche Rechtsstrukturen haben nicht notwendig mit Welt-Einheits-Staat oder Super-Staat im körperschaftlichen Sinn zu tun. Es ist dies das Schreckensbild, das die Gegner von Weltstaatlichkeit und Stärkung der UNO mit Vorliebe an die Wand malen. Sie haben leichtes Spiel, wenn Institutionen im strukturellen Sinn (von Handlungsmustern, Gebräuchen und Rechtsstrukturen) in der allgemeinen Diskussion nicht von körperschaftlichen Institutionen (z.B. ein Krankenhaus, eine Firma, ein Territorialstaat) unterschieden werden. Ebenso wie in der Europa-Debatte entspricht dem Unterschied der beiden Typen von Institutionen derjenige von Einheits-

staat (auch als Bundesstaat) und "Staatenbund" oder, wie Immanuel Kant auch sagt, "Völkerbund" oder "Staatenverein", der die Souveränität der einzelnen Nationalstaaten trotz eines verbindlichen und durchsetzbaren Völkerrechts durchaus wahr.

Die schlichte Entgegensetzung von völkerrechtlicher Einbindung und nationalstaatlicher Souveränität ist falsch (so auch Weizsäcker 1999). Gibt ein Individuum seine Freiheit auf, wenn es sich Rechtsgesetzen unterwirft? Nur dann, wenn die Gesetze unvernünftig und ungerecht sind und den individuellen Spielraum unterbinden. Gute Gesetze bieten dagegen gerade Räume gemeinsamer Freiheit. Ähnlich bedeutet die Einbindung der Nationen in ein starkes Völkerrecht keinen Verlust an Souveränität. (Anders liegt die Frage bei transnationalen, auf Bundesstaat hin tendierenden Zusammenschlüssen wie der Europäischen Union.) Ebenso stellen Weltbürgerrecht und nationale Zugehörigkeit der einzelnen Weltbürger keine Gegensätze dar. Dergleichen hat Kant in seiner "Metaphysik der Sitten" von 1797 bereits ziemlich klar dargelegt. Von modischen Geistern werden derzeit gern falsche Gegensätze zwischen Kosmopolitismus und nationaler Zugehörigkeit konstruiert (dazu näher im Hinblick auf die Fehldeutung Kants in der Habermas-Schule: Heinrichs 1997, Kap.17).

Die Idee eines durchsetzbaren internationalen Völkerrechts unterscheidet sich von einem (ohnehin nur auf wirtschaftlicher Ebene in Reichweite liegenden) Welt-Einheits-Staat. Diese Zielsetzung dürfte genau den rechtverstandenen heutigen Bestrebungen nach Stärkung der UNO und deren Institutionen entsprechen, wie sie etwa von der "Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen", Bonn, und ihrer Zeitschrift "Vereinte Nationen" verfolgt werden.

Anders scheint mir die Zielsetzung etwa des Vereins "Terra e.V.", Stuttgart, dem es um den "Übergang von der internationalen zu einer globalen und demokratischen Weltordnung" geht. In dessen Programmschrift (von 1995) heißt es weiter: "Eine echte Reform der UNO muß an den sie konstituierenden Prinzipien ansetzen. Konkret: Wir sehen als Kern der Reform den Übergang von ihrer derzeit internationalen Konstitution zu einem unabhängigen, demokratisch legitimierten und kontrollierten globalen Souverän." Was kann Souveränität auf globaler Ebene anderes bedeuten als unabhängige Handlungsvollmacht von Behörden? Die Autoren beeilen sich daher hinzuzufügen: "Dies bedeutet ein klar definiertes Abtreten nationaler

Souveränität an dann souveräne globale Instanzen. Ein derartiger Schritt kann realistischerweise nur dann eine hinreichende Glaubwürdigkeit und damit breite Unterstützung erfahren, wenn er mit einer konsequenten Demokratisierung aller UNO-Einrichtungen und -Abläufe verbunden ist."

Zunächst leugne ich mit vielen anderen in Weltordnungspolitik durchaus engagierten Autoren, dass eine derartige Weltregierung – worauf sonst liefe globale Souveränität hinaus? – anstelle von internationalen Institutionen (primär im von strukturellen, nur sekundär auch im körperschaftlichen Sinne von Behörden oder Instituten) überhaupt wünschenswert wäre. Der Ausdruck "Weltregierung" mag deutlicher zeigen, um welchen Unterschied es geht: Etablierung einer globalen Regierungsexekutive oder eines internationalen Rechtsgefüges, das allerdings mittels Verwaltungs-Exekutiven (einschließlich durch Polizeitruppen) durchgesetzt werden muss. Die Exekutive, selbst wenn ihr ebenso wie den nationalen Verwaltungs-Exekutiven Handlungsspielraum zugebilligt werden muss, ist als verwaltende (nicht regierende) wesentlich stärker rückgebunden an die internationalen parlamentarischen Gremien sowie an die Judikative, die Rechtsaufsicht. Entscheidend wäre vor allem, dass die parlamentarischen Gremien nicht von Einstimmigkeit und Veto-Recht abhängen und – dass sie bereichsspezifisch sind.

Dies führt zum zweiten Vorbehalt gegen eine weltstaatliche Konzeption: Ein unmittelbarer demokratischer Basis-Kontakt einer solchen Weltregierung wäre noch schwerer herstellbar als in den bisherigen nationalen Halb-Demokratien. Die Legitimierung der globalen Institutionen für ihre internationale und dadurch globale Ermächtigung müsste notwendig über Delegation und Repräsentation der Nationen geschehen, um nicht der Gruppen-Willkür Tür und Tor zu öffnen. Wenn nun Demokratisierung auf dieser Ebene nicht unmittelbare Wahl durch die Weltbevölkerung bedeuten kann, dann aber umso mehr strukturelle Gewaltenteilung im Sinn der Viergliederung: verschiedene Repräsentanten der insbesondere kulturell souverän bleibenden Staaten: für Wirtschaft (und Ökologie), Politik im engeren Sinn (z.B. Sicherheits- und Staatsangehörigkeitsfragen, auch Gebiets-, Wasser- und sonstige Konflikte), Identität und Begegnung der Kulturen sowie weltanschaulich-religiöse Fundamente, wozu die meisten Menschenrechtsfragen gehören.

Kulturelle Globalisierung: Wahrung der Vielfalt nationaler Kulturen

Allerdings ergibt sich die Bedeutung von Nationalstaaten als bleibender (und teurer erkämpfter) Errungenschaft der Geschichte nicht von der politischen Ebene allein, sondern hauptsächlich von der kulturellen Ebene her: als Sprach- und Kulturgemeinschaften, deren kulturelle Vielfalt auf keinen Fall einem kulturellen Globalismus geopfert werden darf. Ulrich Beck leugnet die derzeitige anglo-amerikanische McDonaldisierung der Welt durch Hinweis auf "Glokalisierung", d.h. die vielfältig bunten lokalen Spielarten von Kultur (1998, bes. 80-88.) Das ist, als würde man der allesdurchdringenden Macht von Weltwährung(en) die bunte Vielfalt der Waren in einem Kaufhaus entgegensetzen oder die ohnmächtige Spielwiesen-Vielfalt lokaler, "alternativer" Währungen: auch ein Fall von Glokalisierung!? Der Kapitalismus fördert die "Glokalisierung" ebenso, wie er stets die individualistische Atomisierung gefördert und sozial Gewachsenes (Gemeinschaftliches) zerstört hat. Was gewachsene (Sprach-)Kulturgemeinschaften sind, dafür fehlt unseren gegenwärtigen Mainstream-Soziologen, die stolz auf ihre halbwegs erlangte "internationale" (sprich: anglo-amerikanische) Sprachkompetenz sind, eigenständige Einsicht und Gespür.

Dass heute die kulturelle Dominanz der westlichen Staaten, besonders der USA, dem Gelde, der wirtschaftlichen Herrschaftsstellung folgt, ist unbezweifelbar. Die Dominanz der Hollywood-Produkte z.B. verdankt sich keineswegs ihrer geistigen Überlegenheit. Je mehr unklar und fälschlich von Multikulturalität innerhalb der einzelnen Nationen geredet wird, desto weniger wird die Vielfalt der Weltkulturen auf internationaler Ebene respektiert. Das Kulturproblem ist als solches vom Gros der gegenwärtigen Sozialtheorie noch nicht einmal erkannt. Sonst würde sie und mit ihr die tonangebende Weltöffentlichkeit nicht weiter undiskutiert hinnehmen, dass eine Nationalsprache, das Englische, zur Weltsprache befördert wird, während die Frage einer wirklich internationalen Welthilfssprache, die Leichtigkeit der internationalen Verständigung unter Beibehaltung der jeweiligen nationalen Sprache erlaubt, bisher nicht einmal ernsthaft diskutiert wird!

Daraus folgt: Die UNESCO als kultureller Zweig der UNO muß unabhängige, den politischen und wirtschaftlichen Institutionen gegenüber weisungs-

berechtigte parlamentarische Vollmachten erhalten, auch dies nicht im Sinne einer daraus hervorgehenden kulturellen Weltregierung, sondern im Sinne von verbindlichen Rechtsstrukturen.

Die Vielfalt der Kulturen wird auch das sein, was einen europäischen Staatenbund, ja selbst einen politisch stärker vereinheitlichten Bundesstaat von den Vereinigten Staaten von Amerika unterscheiden wird – es sei denn, die derzeitige Kulturvergessenheit trüge stillschweigend den Sieg davon (Heinrichs 1994). Solche stillschweigenden Strömungen profitieren von der Tatsache, dass wir bislang keine adäquaten parlamentarischen Gremien haben, in denen die kulturelle Dimension der Gemeinwesen kompetent – im doppelten Sinn von informiert und rechtlich durchsetzungsfähig – diskutiert werden kann.

Globales Ethos: Unterscheidung von kulturell bedingten Werten

Die Diskussion um die weltweite Allgemeingültigkeit versus Kulturabhängigkeit mancher Menschenrechte (z.B. Recht auf freie Berufswahl, freie Wahl des Wohnortes) darf nicht verschleiern, dass es ganz elementare Grundrechte gibt (Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Nahrung, auf Heimat, auf freie Meinungsäußerung), die nicht kulturabhängig, sondern wirklich global sind. An diesem Beispiel zeigt sich, wie notwendig es ist, zwischen kulturellen Werten und überkulturell-unbedingt geltenden Letzt- und Grundwerten zu unterscheiden. Diese – in der anthroposophischen Dreigliederungslehre vernachlässigte – Unterscheidung erlaubt spielerische Freiheit und große regionale Unterschiede im Bereich kultureller Ausdrucksformen – bei unbedingter Wahrung der Letztwerte eines globalen Ethos (Wahrheit, Gerechtigkeit, Ehrfurcht vor dem personalen Leben, der persönlichen Freiheit usw.).

Die philosophische Frage, ob es menschheitlich verbindende Menschenrechte gibt, wie sie in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der UNO-Generalversammlung vom 9. Dezember 1948 formuliert sind, oder ob diese etwa eine Besonderheit der westlichen Kultur darstellen, muss also vom politischen Problem der Durchsetzung der elementarsten Menschenrechte unterschieden werden. Nach einer Untersuchung der US-Menschenrechtsorganisation "Freedom House" hat die Einführung der Menschenrechte 1993 weltweit einen Rückschlag erlitten. Der Anteil der Weltbevölke-

rung in Ländern, die Menschenrechte respektieren, fiel mit 19% auf den niedrigsten Stand seit 1975. Die Zahl der Menschen in unfreien Staaten stieg gegenüber 1992 um 531 Millionen. "Amnesty International" registrierte 1993 in 112 Ländern der Erde Folter und Misshandlungen. Im Februar 1994 ernannte UNO-Generalsekretär Butros Ghali den Ecuadorianer José Ayala Lasso zum ersten UNO-Hochkommissar für die Menschenrechte mit Sitz in Genf. Der vorausgehende Beschluss der UNO-Generalversammlung war umstritten. Die Entwicklungsländer unterstellten den Industriestaaten, ein Instrument zur Durchsetzung ihrer ausschließlich westlich geprägten Vorstellung der Menschenrechte schaffen zu wollen. Hinter diesen Einwänden stehen jedoch hauptsächlich politische Gründe, teilweise durch religiösen Fundamentalismus verbrämt.

Es ist keine Frage, dass es einen menscheitsweiten Konsens über die elementarsten Menschenrechte gibt, mögen diese auch zunächst in der westlichen Hemisphäre für die moderne Welt definiert worden sein. Wenn selbst Verfassungsrechtler wie der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog sich in China diesbezüglich diplomatisch ausdrücken, so ist dies (wirtschafts-)politisches Kalkül, keine rechtsphilosophische Relativierbarkeit der Rechte eines jeden Weltbürgers auf Leben, Freiheit und Sicherheit, auf Anerkennung als Rechtsperson mit allen Konsequenzen, auch auf Freiheit der Meinungsäußerung sowie der religiösen Überzeugung und ihres Ausdrucks.

1981 beschloss die UNO-Generalversammlung eine zusätzliche "Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz aufgrund der Religion oder der Überzeugung". Dort heißt es in Artikel 4 z.B.: "Alle Staaten haben wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung bei der Anerkennung, Ausübung und Inanspruchnahme der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf allen Gebieten des bürgerlichen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu verhindern und zu beseitigen." In der Bundesrepublik Deutschland müssen dagegen Millionen von Krankenschwestern und anderen Angestellten (von Reinigungskräften bis hinauf zum Chefarzt) in kirchlich geführten Einrichtungen ihre Zugehörigkeit zur katholischen oder evangelischen Konfession belegen, um nicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren, von unterschwelligen Benachteiligungen an Schulen und Hochschulen aufgrund des (auch in Form von Länder-

konkordaten) noch immer weiterwirkenden Konkordates von 1933 zwischen Hitler und dem Vatikan zu schweigen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26.3.1957 ist dieses Konkordat immer noch gültig. Keine größere Partei wagt derzeit die staatskirchenrechtlichen Grundlagen in Deutschland aktiv in Frage zu stellen. Dies bleibt Bürgerrechtsbewegungen wie etwa der "Humanistischen Union" vorbehalten. In diesem ganzen Komplex des geltenden Staatskirchenrechts und der nicht nur privilegierten, sondern über alle Weltanschauungsgruppen und Religionsgemeinschaften weit überprivilegierten Stellung der Großkirchen haben wir schlagende Beispiele für politisch (und wirtschaftlich) bedingte Verfassungsmisstände aufgrund der Nicht-Differenzierung der Ebenen des sozialen Systems. Wenn dies im Land der (kirchlicherseits in ihrer Hochblüte zumeist bekämpften) Dichter und Denker noch immer der Fall ist, braucht man sich über die weltweite religiös bedingte Unfreiheit nicht zu wundern. Leider waren besonders die Offenbarungsreligionen stets Anlaß des Streites, furchtbarer Kriege und Verfolgungen, von den privaten Tragödien und Schwierigkeiten zu schweigen. Damit ist nichts über die spirituelle Substanz der Religionen gesagt, sondern auf den beständigen, auch im Zeitalter päpstlicher Friedensansprachen fortwirkenden Missbrauch des Religiösen zu Machtzwecken hingewiesen.

Als 1893 zum ersten Mal ein "Weltkongreß der Religionen" in Chicago zusammentrat, geschah dies auf Initiative der Theosophen und östlicher spiritueller Führer. In den letzten Jahren gibt es selbsternannte "Weltparlamente der Religionen", in denen Vertreter der etablierten Religionsgemeinschaften sich ihrer jeweiligen Besonderheit und Einzigartigkeit mit friedlichen Abgrenzungen zu vergewissern suchen, jedoch kein demokratisch-paritätisch legitimiertes Gremium, das den fairen Umgang der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften miteinander auf Weltebene regelte. Eine derartige Grundwerte- oder Weltanschauungsversammlung wird bisher nicht einmal auf nationaler Ebene realisiert, weil die Großgemeinschaften an formaler Parität und Fairness kein Interesse haben. Angesichts des heraufkommenden "Kampfes der Kulturen" (Huntington), der richtiger ein verbrämter Kampf der undifferenzierten Kultur-Religions-Blöcke wäre, brauchen wir ein solches, demokratisch legitimiertes parlamentarisches Gremium mit Exekutivorganen auf Weltebene (wie auf nationaler Ebene). Nur so kann verhindert werden,

dass im Namen des Heiligen die unheiligsten, repressivsten Machtspiele weiterbetrieben werden. Nur die ausdrückliche Anerkennung der spirituellen Wurzeln von Menschenwürde entwindet den Fundamentalisten aller Couleurs das Argument, der Kampf um die menschlichen Grundrechte sei gottlos. *Corruptio optimi pessima*: Die Korruption des Besten ist das Schlimmste. Das könnte allerdings leicht auch für eine "Weltregierung" gelten.

Der Kreislauf zwischen den vier Ebenen

Bei aller Notwendigkeit weiterer Diskussion über "Weltethos" sowie über Einheit und Unterschiedenheit, Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit der Religionen und Weltanschauungen muss zunächst bei den elementaren Menschenrechten angesetzt werden, und zwar effektiv. Zu ihnen gehört neben ausreichender Ernährung auch das Recht auf Arbeit (vgl. Charta der Vereinten Nationen von 1948). Hier schließt sich der Kreis zwischen Grundwerten (Ebene 4 der Darstellung auf Seite 19) und wirtschaftlichen Werten (Ebene 1): die scheinbar nur lineare Hierarchie bildet zugleich einen Kreislauf:



Ohne die geordnete Regulierung dieses Kreislaufs werden Religionen und Ethikdebatten zum "Geist geistloser Zustände"! Wir brauchen deshalb unabhängige parlamentarische, judikative und exekutive Gremien für jede der genannten vier Ebenen des globalen "sozialen Systems" Menschheit, d.h. ein gestuftes System der rechtlichen Rahmensetzung: von den ethischen Letztwerten über die kulturellen Werte, die im engeren Sinne

politischen Werte (wie Sicherheit nach innen und außen, Funktionieren der politischen Institutionen) bis hinein in die wirtschaftlichen Werte (dazu näher: Heinrichs 1999). Bei aller notwendigen sachlichen Eigengesetzlichkeit jeder Ebene (im Rahmen ihrer eigenen Kompetenz) stellt dies das zukunftsweisende Gegenkonzept zu einer "ökonomistischen" Bestimmung des Ganzen von unten nach oben statt, die sich in dem triumphalistischen Satz des zitierten Ökonomen von Weizsäcker ausspricht: "Die Weltprobleme werden dadurch gelöst, dass man der Wirtschaft die Führungsrolle vor der Politik überläßt". Der derzeitige Weltzustand gibt den wissenschaftlichen Statthaltern des Kapitalismus wirklich keinen Grund für derartigen Triumphalismus und für den Versuch, seine systemimmanenten Fehler von der Ökonomie auf die (undifferenziert verstandene) "Politik" allein zu schieben – so reformbedürftig diese auch selbst ist. Sollte mit "Führungsrolle der Wirtschaft" deren Eigengesetzlichkeit von der Art gemeint sein, dass die vom Worldwatch-Institut geschätzten, weltweit 670 Milliarden Dollar an politisch bedingten Subventionen wegfielen – oder dass die Preise die sogenannte ökologische Wahrheit ausdrücken würden? Auf solche Sachgerechtigkeit der Wirtschaft dürfte – ohne politische Durchsetzung – länger zu warten sein, als es unser Planet, genauer: die Menschheit auf ihr aushalten könnte!

Zum Entwurf einer "Verfassung für die Weltföderation"

Stephan Mögle-Stadel hat in einem engagierten Buch "Die Unteilbarkeit der Erde", 1996, den "Entwurf einer Verfassung für die Weltföderation" publiziert, der vom World Federalist Movement erarbeitet worden ist. Dabei wird durchgehend von einer Weltregierung ausgegangen. Nationen und Kulturen sollen zwar respektiert werden. Doch wird im Prinzip nicht von einem internationalen Prinzip im Sinne einer Weiterentwicklung der bestehenden UNO mit ihrer Repräsentation der bestehenden Nationen ausgegangen, sondern von einer postnationalen Weltregierung. Hierin besteht zwar ein Gegensatz zu den obigen Ausführungen, die für ein offenes, aber durchsetzbares Rechtssystem, eine strukturelle, nicht primär körperschaftliche Weltstaatlichkeit im Sinne eines föderativen Systems plädieren. Dieser Gegensatz soll hier jedoch keineswegs polemisch überbetont werden. Die Kräfte, die weltföderative Strukturen wollen, dürf-

ten nicht unnötig gespalten werden! Solange mit "Weltregierung" nichts Autoritäres, sondern etwas effektiv demokratisch Legitimiertes gemeint ist, überwiegt die Gemeinsamkeit der Zielsetzung: Weltföderation.

Mögle-Stadel hebt zudem mit Recht hervor, dass die kosmopolitische Strömung der deutschen Klassiker (Kant, Wieland, Herder, Goethe, auch der verkannte J.G. Fichte wäre hier einzureihen) keinerlei Gegensatz zur nationalen Individualisierung im kulturellen Sinn sah, womit der heute üblichen undialektischen Entgegensetzung von Kosmopolitismus und Nationalstaat vorgebeugt ist.

Ohne Mögle-Stadels Konzept von "drei Häusern" eines Weltparlaments hier im einzelnen zu diskutieren, sei abschließend betont: Aus halbdemokratischen, nicht im Sinne der erweiterten Gewaltenteilung (Viergliederung) verfassten Nationen werden keine bereicherspezifisch kompetenten Parlamentarier hervorgehen, weder in nationaler Delegation noch in Direktwahl. Als unabdingbar betrachte ich auf Weltebene ebenso wie für die nationalen Demokratien und für Europa die je verschieden ausgestaltete Viergliederung des sozialen Systems. Diese bildet keinen willkürlichen Schematismus, sondern das in vielfältigen Abwandlungen gestuft und selbstbezüglich pulsierende Leben des sozialen "Organismus" selbst.

Ich schließe mit Sätzen des israelischen Politologen von Yehezkel Dror: "Allein dass es keine großangelegte globale 'Denkfabrik' gibt, die sich mit umfassenden und tiefgehenden Studien globaler Probleme beschäftigt, ist ein weiteres Kennzeichen, dass es an geeigneten Bemühungen fehlt, eine globale Politik zu entwickeln, obgleich es erschütternd wenig Lösungsvorschläge für globale Fragen gibt. (...) Die Förderung gemeinsamer Interessen der Menschheit hängt davon ab, dass eine geeignete philosophische Grundlage zur Verfügung steht" (Dror 1995: 46. 48).

Literaturverzeichnis

- Rudolf Bahro, "Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?" Stuttgart - Wien 1987. -
- Ulrich Beck, Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/M. 1998.
- Peter Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt/M 1969.
- Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik (Commission on Global Governance): Nachbarn in Einer Welt, hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.
- Yehezkel Dror, Ist die Erde noch regierbar? Ein Bericht an den Club of Rome, München 1995.

- Yehezkel Dror, Global Governance realisieren. Diagnosen und Prognosen, in: Mögle-Stadel 1996 (s.u.).
- Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche. Die Gefährdung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der Bundesrepublik, Frankfurt 31984.
- Johannes Heinrichs, Reflexion als soziales System. Zu einer Reflexions-Systemtheorie der Gesellschaft, Bonn 1976.
- Johannes Heinrichs, Freiheit - Sozialismus - Christentum. Um eine kommunikative Gesellschaft, Bonn 1978.
- Johannes Heinrichs, Sprung aus dem Teufelskreis. Logik des Sozialen und Natürliche Wirtschaftslehre, Wien 1997 (Die letzte Kapiteln dieses Buches behandeln die obige Thematik, mit ausführlicheren Literaturangaben.)
- Johannes Heinrichs, Der vierfache Pfad. Das ganzheitliche Paradigma von Gesellschaftsreform, in: Der 3. Weg 2/1999, 29-35.
- Volker Gerhard, Immanuel Kants Entwurf 'Zum ewigen Frieden'. Eine Theorie der Politik, Darmstadt 1995.
- Ingo Hermann, Die Kirche und unser Geld, München 1992.
- Samuel Huntington, The Clash of Civilisations, dt., Kampf der Kulturen, München 1996.
- Immanuel Kant, Metaphysik der Sitten, Riga 1797.
- Johannes Kleinhappl, Christliche Wirtschaftsethik, Wien 1991 (Band 1 der fünfbandigen Werkausgabe).
- Claus Koch, Das Ende des Selbstbetrugs. Europa braucht eine Verfassung, München 1997.
- Ervin Laszlo (Hrsg.), Rettet die Weltkulturen. Der multikulturelle Planet. Report einer unabhängigen Expertengruppe an die UNESCO, Stuttgart 1993.
- Matthias Lutz-Bachmann/James Bohman(Hrsg.), Frieden durch Recht. Kant und das Problem einer neuen Weltordnung, Frankfurt/M. 1996.
- Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfälle, Reinbek 1996.
- Karl Marx, Frühe Schriften II, Darmstadt 1971.
- Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991.
- Maria Mies/Claudia von Werthof, Lizenz zum Plündern, Hamburg 1998.
- Stephan Mögle-Stadel, Die Unteilbarkeit der Erde. Globale Krise, Weltbürgertum & Weltföderation. Eine Antwort auf den Club of Rome, Bonn 1996.
- Till Müller-Heidelberg, u.a. (Hrsg.) Grundrechte-Report der Humanistischen Union: Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Reinbek 1997 und 1998.
- Talcott Parsons, Gesellschaften (Societies), Frankfurt/M 1975.
- Terra e.V., Programmschrift, Stuttgart 1991.
- C. Christian von Weizsäcker, Logik der Globalisierung, Göttingen 1999.
- World Federalist Movement: Weiße Rose Platz, Postfach 67 03 25, 22343 Hamburg, Fax 04833-42106.
- World Watch Institut Report. Zur Lage der Welt 1999, Frankfurt/M. 1999.

Armut und Reichtum

"Das Vermögen der drei reichsten Menschen übertrifft das Bruttoinlandsprodukt der am wenigsten entwickelten Länder, die zusammen 600 Millionen Einwohner zählen. Nach dem jüngsten Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) geht es den Menschen in etwa 85 Ländern in mehrfacher Hinsicht schlechter als noch vor zehn Jahren."

Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 1999

Das "Zahlungsnetzwerk München-Geld"

Eine Diskussion der theoretischen Grundlagen

Norman Ehrentreich

1 Einleitung

Seit einiger Zeit wird in freiwirtschaftlichen Kreisen für das Projekt "Zahlungsnetzwerk München-Geld" geworben. Es ist eine Initiative der "Omnibus – gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie". Über ein Bürgerbegehren soll die Stadt München zur Teilnahme an einem zinsbefreiten und umlaufgesicherten Zahlungsnetzwerk gezwungen werden. Zu den "Spielregeln" dieses Zahlungsnetzwerkes gehört, dass Kredite zinslos gewährt werden sollen, während Sichtguthaben mit Liquiditätsgebühren belastet werden. Durch eine Umschuldung der bislang verzinslichen Kredite der Stadt München auf diese zinslosen Kredite soll eine Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sich München aus der "Schuldenfalle" befreit. Durch den erfolgreichen Aufbau eines lokal begrenzten alternativen Geldsystems erhoffen sich die Initiatoren auch Signalwirkungen für andere Regionen.

Bei vordergründiger Betrachtung entspricht dieses Vorhaben dem freiwirtschaftlichen Gedanken gut. Zudem beruht dieser Vorschlag auf den unter Freiwirten bekannten Arbeiten von Dieter Suhr und Hugo Godschalk (1986), die zur Umsetzung ihrer theoretischen Untersuchung im bestehenden Rechtssystem das sogenannte OA-System vorschlugen. Der Name ist abgeleitet von "Oekonomia Augustana", eine Referenz an Suhr's Heimatstadt Augsburg, wo er zunächst auf die praktische Umsetzung seiner Ideen hoffte. In späteren Beiträgen (1990, 1994) verwendete Suhr dann allerdings die aussagekräftigere Bezeichnung "Netzwerk Neutrales Geld" bzw. "Neutral Money Network" mit dem Akronym "NeuMoNe".

Die gewählte Zielsetzung, die Stadt München als Teilnehmerin im OA-System zu verpflichten und damit durchaus volkswirtschaftlich relevante Dimensionen zu erreichen, läßt auf eine breite Öffentlichkeitswirkung für die vorgebrachten geldreformerischen Vorschläge schließen. Sollten jedoch in diesem Diskussionsprozess offensichtliche theoretische Mängel auftauchen, so können zahlreiche alternative Geldkonzepte auf Jahre hinaus diskreditiert werden. Daher erscheint es mir ange-

bracht, die von Suhr und Godschalk geschaffenen theoretischen Grundlagen des Zahlungsnetzwerkes näher zu untersuchen. Insbesondere sollen die Punkte herausgearbeitet werden, an denen sie sich grundlegend von der herrschenden Lehrmeinung als auch von der traditionellen Freiwirtschaftslehre unterscheiden.

2 Das OA-System und die Freiwirtschaft

Auch wenn die Vorschläge von Suhr und Godschalk der Freiwirtschaft sehr ähnlich sind, so muß man sich doch vergegenwärtigen, dass sie ein Sonderfall innerhalb dieser Richtung darstellen. Während sich ein Großteil der Freiwirtschaft z.B. mit Keynes und Gesell einig darüber ist, dass der Zins ein notwendiges Allokationsinstrument ist und ein um Null pendelnder Zins allenfalls als ein Endpunkt einer längeren Entwicklung möglich ist¹, propagieren Suhr und Godschalk die völlige Aufhebung dieses Allokationsinstrumentes.

Die Analyse und Schlußfolgerungen im Buch von Suhr und Godschalk "Optimale Liquidität – Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept" (1986) erscheinen auf den ersten Blick zunächst folgerichtig. Die grundlegende Differenz zu den gängigen Zinstheorien offenbart sich jedoch alsbald in einem fundamentalen Auffassungsunterschied über den beim Kredit zugrundeliegenden Tauschakt. Nach herrschender Meinung handelt es sich bei einem Darlehen um einen "Tausch gegenwärtiger gegen künftige Güter" (Böhm-Bawerk 1924: 362f.) Wenn auch die Schlußfolgerung Böhm-Bawerks in der Freiwirtschaft abgelehnt wird, dass der Wert gegenwärtiger Güter den Wert zukünftiger Güter notwendigerweise übersteigen muss, so wird doch die Auffassung eines Tausches von Gegenwarts- und Zukunftskonsum meines Erachtens weitgehend geteilt.

Suhr und Godschalk (1986: 39) gehen jedoch von einem gänzlich anderen Tauschvorgang aus: "Was die Tauschobjekte und ihren einfachen Tauschwert betrifft, findet also bei Kreditgeschäften gerade kein "transtemporaler Kaufkraft-

tausch" statt (...). Der Kreditgeber tauscht das nicht liquide Objekt "Verpflichtung zur Zahlung per Termin" um in das liquide Objekt "Geld", und der Kreditnehmer verfährt zu dem vorgesehenen Zeitpunkt umgekehrt, indem er das liquide Objekt "Geld" gegen Rückgabe des nicht liquiden Objektes "Forderung auf Zahlung per Termin" in Tausch gibt. Hinsichtlich der Tauschkraft, die in den getauschten Objekten steckt, finden also zwei ausgeglichene Geschäfte statt. Keiner bekommt Tauschkraft hinzu, keiner verliert dabei. (...) Beim Kreditgeschäft in Geld findet ein transtemporaler Liquiditätstausch statt, und zwar auf der Grundlage beiderseits vorhandener Tauschobjekte mit jeweils darin verkörpertem Tauschwert."

Die Kritik Kleins (1994: 55), dass zinsinvariable Geldsysteme wie das OA-System den transtemporalen Kaufkraftaustausch über den Kreditmarkt reglementieren und stören, trafe somit nicht zu, da es einen solchen Tausch nach Suhr und Godschalk nicht gibt. Ihre Argumentation kann zwar aus einer juristischen Perspektive akzeptabel sein, aus ökonomischer Sichtweise ist sie aber zutiefst fragwürdig. Für den Juristen – Dieter Suhr war bis zu seinem Tod im Jahr 1990 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Augsburg – mag es unerheblich sein, ob ein Gut real oder nur als Versprechen auf Lieferung existiert. Ökonomisch ist aber zu bezweifeln, ob die "produzierten" Zahlungsverprechen oder Lieferverpflichtungen denselben Wert besitzen wie derzeit real vorhandene Güter.

Da es also nach Suhr und Godschalk keinen Austausch gegenwärtiger und zukünftiger Güter gibt, kann der Zins auch nicht als Wertunterschied zwischen diesen Gütern erklärt werden. Abgesehen von einer Risikoprämie und der Bankmarge ist nach ihrer Theorie der Zins ein rein monetäres Phänomen. Hiermit unterscheiden sie sich auch von den Auffassungen von Gesell und Keynes, die lediglich den "Urzins" (Gesell 1920: 336) bzw. die "Liquiditätsprämie" (Keynes 1936: 189f.) als monetär verursacht ansahen. Durch eine Neutralisierung dieses Zinsanteiles, so die Hoffnung Gesells und Keynes', sollte es langfristig möglich sein, den realwirtschaftlich verursachten Zinsbestandteil als Knappheitsindikator für Gegenwartsgüter auf Null senken zu können. Die Belastung der Kassenhaltung mit Liquiditätsgebühren ist hierfür eine notwendige, aber keinesfalls eine hinreichende Bedingung dafür, dass der Zins auf Null fallen kann.

Nach Suhr und Godschalk ist der Zins jedoch ausschließlich als Preis für den intertemporalen

Tausch von Liquidität anzusehen. Sie beschreiben die Wirtschaft als eine "Cash-in-Advance"-Ökonomie, bei der die Wirtschaftssubjekte, um wirtschaftlich tätig werden zu können, am Anfang der Periode mit Geld ausgestattet sein müssen.² Zinsen wären demnach ausschließlich als Kosten für die einmalige Herstellung der Zahlungsbereitschaft anzusehen (1986: 21).

Eine solch revolutionäre Zinstheorie wie die von Suhr und Godschalk muss sich jedoch auch daran messen lassen, wie sie die beträchtlichen Schwankungen des Realzinsniveaus in der Geschichte erklären kann. Ob diese tatsächlich lediglich als aggregierte Veränderungen der Liquidität aller Vermögensgegenstände anzusehen sind, wage ich zu bezweifeln.

3 Der Zins als Knappheitspreis

Wenn Zinsen lediglich Liquidisierungskosten darstellen, dann ist nur folgerichtig, ein zinsvariables Zahlungssystem mit einem Nullzins für Kredite vorzuschlagen. Voraussetzung hierfür aber ist, dass die Funktion des Zinses als Knappheitsindikator für Kapital grundsätzlich gelehnt wird. Hier sind jedoch Suhr und Godschalk nicht konsequent genug. An einigen Stellen ihres Buches räumen sie z.B. ein, dass der Zins auch ein Knappheitspreis sein könnte. "Sicher hat die Knappheit von Produktionsmitteln Auswirkungen auf den Transaktionsbedarf von Wirtschaftssubjekten und beeinflusst auf diesem Wege auch das Zinsniveau. Solche Zusammenhänge und Rückwirkungen werden nicht in Abrede gestellt, sondern selbstverständlich vorausgesetzt."³ (1986: 132).

Hier scheint mir ein logischer Widerspruch im Konzept von Suhr und Godschalk enthalten zu sein. Die praktische Schlußfolgerung, Kredite im OA-System zinslos herauszugeben, ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Funktion des Zinses als Knappheitsindikator konsequent gelehnt wird.

Ist der Zins jedoch auch ein Knappheitspreis, dann wird im OA-System ein Preismechanismus ausser Kraft gesetzt mit der Folge, dass andere Regelungen an dessen Stelle treten müssen. Da anzunehmen ist, dass im OA-System die Kreditnachfrage größer sein wird als das Kreditangebot, muss ein Rationierungsmechanismus die Allokation der verfügbaren Kreditmittel auf die Kredit-suchenden herstellen. Die alleinige Regulierung über Rationierungsregeln ist meines Erachtens aber mit einem marktwirtschaftlichen System nicht ver-

einbar. Mayer (1999: 28) schlägt z.B. eine "Demokratisierung der Kreditvergabe" über Kreditvergeberichtlinien und basisdemokratische Entscheidungen vor, nach denen die Mitglieder des Zahlungsnetzwerkes über die Vergabe von Krediten entscheiden sollen. Sind jedoch die satzungsmäßigen Kreditvergeberichtlinien – mit denen z.B. regionale oder ökologischer Projekte bevorzugt oder bestimmte Kreditverwendungen ausgeschlossen werden können – nicht restriktiv genug, dann erscheint mir die weitere Zuteilung über basisdemokratische Verfahren als ineffizient.

Das Liquiditäts-Paradoxon des OA-Systems

Die Erfahrungen mit Tausch- und Verrechnungssystemen zeigen, dass eine Liquiditätsdifferenz zwischen externen und internen Tauschmitteln besteht. Creutz (1994: 20) verweist z.B. darauf, dass im WIR-Verrechnungsring die Guthaben nur alle 125 Tage einmal umgeschlagen werden, während im Postgirosystem die Guthaben jeden zweiten bis dritten Tag umgewälzt werden. Dies ist nach Creutz "ein Beweis für die Schwierigkeit, in Verrechnungsringen erworbene Guthaben in Nachfrage umzusetzen." Dieses Problem würde zwar durch die Teilnahme der Stadt München gemindert, aber nicht behoben werden.

Wie Suhr und Godschalk (1986: 94) richtig bemerken, ist "Geld oder auch Liquidität ... nicht unbedingt das Gut, das von einer hoheitlichen Instanz als Geld definiert und technisch hergestellt wird, sondern das, was die Wirtschaftssubjekte im Tauschverkehr als Standardtauschobjekt akzeptieren." Liquidität entsteht also nicht durch den Wunsch, ein Vermögensobjekt so schnell wie möglich wieder loszuwerden; sie entsteht einzig und allein aus der Tatsache, dass andere Wirtschaftsteilnehmer es akzeptieren. In der Startphase des Zahlungsnetzwerkes wird somit die Liquidität des München-Geldes äußerst gering sein.

Euro wird hingegen von allen Wirtschaftsteilnehmern akzeptiert werden, während OA-Liquidität nur von den Teilnehmern des Zahlungsnetzwerkes angenommen werden wird. Solange die Teilnehmer des Zahlungsnetzwerkes nur eine Untermenge aller Wirtschaftsteilnehmer darstellen, ist die Liquidität (Akzeptanz) von München-Geld geringer. Durch die Transformierung der aufgenommen Euro-Beträge in OA-Liquidität wird also Liquidität vernichtet! Eine vollständige Verteilung der durch die externe

Refinanzierung des OA-Systems entstehenden Zinslasten auf die Besitzer von OA-Guthaben ist somit theoretisch nicht gerechtfertigt.⁴ Wie hoch die Summe der Liquiditätsnutzen aller Mitglieder tatsächlich ist, wird kaum bestimmbar sein, in jedem Falle ist von einer Kongruenz der externen Zinslasten mit den monetär bewerteten Liquiditätsnutzen der Zahlungsnetzwerk-Teilnehmer nicht auszugehen.

Das Zahlungsnetzwerk als System ohne Ausstiegsmöglichkeit ?

Wie Suhr und Godschalk (1986: 142f.) oder Mayer (1999: 27) überzeugend beschreiben, bestehen durchaus Anreize, Mitglied des Zahlungsnetzwerkes zu werden. Der Zinsvorteil für den Kreditnehmer liegt auf der Hand, und sofern sich Produzenten oder Händler durch die Akzeptanz von OA-Liquidität neue Kundenpotentiale erschließen können, bestände auch hier ein Anreiz zum Beitritt.

Wenig zur Attraktivität des OA-Systems dürfte jedoch die Tatsache beitragen, dass es sich, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Initiatoren, um ein System ohne Ausstiegsmöglichkeit handelt. Darüber kann auch nicht die Behauptung Suhrs hinwegtäuschen, dass es insofern flexibel sei, "dass es einem ermöglicht, herkömmliches Geld in NeuMoNe-Guthaben und umgekehrt zu verwandeln." Allerdings räumt er ein, dass positive Guthaben "selbstverständlich nicht direkt in den gleichen Betrag herkömmlichen Geldes verwandelt werden. Diese Möglichkeit würde das System ruinieren." (1994: 58). "Will ein Kunde von seinem OA-Guthaben herkömmliches Bargeld (oder Buchgeld-Liquidität, Anm. des Autors) "abheben", so verliert die Bank die Möglichkeit, den Weg dieser konventionellen Bargeldliquidität zu verfolgen und ihren Preis für die Überlassung der Liquidität immer bei demjenigen einzufordern, der über das Geld verfügt. Sie muss sich daher an diejenigen ihrer Kunden halten, der Bargeld abhebt, und ihm weiterhin die Liquiditätskosten berechnen, bis er das Bargeld als solches zurückzahlt. Ein Kunde also, der OA-Liquidität in herkömmliche Bargeldliquidität verwandelt, wird so behandelt, als entnehme er dem OA-Liquiditätssystem einen herkömmlichen "Kredit": Er zahlt echte Zinsen." (1986: 141) Um diesen Zinszahlungen zu entgehen, muss der Kunde seinen Kredit in jedem Falle "zurückzahlen", d.h. er muss die Liquidität wieder dem System zuführen.

Andernfalls würde er die Zinsen theoretisch bis in die Unendlichkeit zu leisten haben.

An dieser Stelle erkennt man sofort, dass ein Ausstieg aus dem OA-System auf diesem Wege nicht möglich ist. Wie zudem Suhr und Godschalk (1986: 145) einräumen, würde diese Praxis auch im Widerspruch zum § 3 KWG stehen, der bestimmt, dass Barabhebungen nicht wesentlich erschwert sein dürfen. Die angeführten Argumente Suhrs zur Entkräftung dieses Einwandes dürften meines Erachtens jedoch nicht stichhaltig genug sein, um einen Konflikt mit dem Gesetz zu vermeiden.

Für denjenigen, der das OA-System verlassen möchte, bleibt somit nur die Möglichkeit, seine OA-Guthaben zum jeweiligen Wechselkurs zu veräußern. Suhr und Godschalk (1986: 141) sprechen auch davon, dass in "dem Umfange, wie Zahlungsvorgänge in OA-Liquidität zunehmen, ... monetäre Märkte [entstehen], die den heutigen Geld-, Kapital- und Devisenmärkten entsprechen, und zwar auch für den An- und Verkauf von OA-Liquidität in herkömmlichen Geld."

Das OA-System im Wettbewerb

Gerade in Bezug auf die Frage des Wertverhältnisses zwischen München-Geld und herkömmlicher Liquidität auf Euro-Basis scheint mir noch erheblicher Klärungsbedarf zu bestehen. So liest man z.B. bei Mayer (1999: 27), dass Banken bereit wären, für 1000 Einheiten München-Geld 1000 DM (Euro – Anm. d. Autors) als Kredit zu bewilligen (unterstellter Wechselkurs von 1:1), andererseits aber einen Wechselmarkt organisieren, wo München-Geld nur mit einem Abschlag gegen Euro verkauft werden könnte (Wechselkurs unter pari). München-Geld Guthaben könnten somit nicht 1:1 als Sicherheit für Euro-Kredite dienen.

Die Berücksichtigung des Wechselkurses zwischen OA- und herkömmlicher Liquidität wurde in den bisherigen Ausführungen der Autoren leider vernachlässigt. So wird z.B. behauptet, dass Teilnehmer am Zahlungsnetzwerk einen Preisvorteil gegenüber den übrigen Wirtschaftsteilnehmern besäßen, da in den Preisen keine Zinsanteile enthalten wären. Dieser Preisvorteil wird wahrscheinlich durch die Berücksichtigung des Wechselkurses (mehr ?) als kompensiert werden.⁵

Der Wechselkurs wird nicht nur die Liquiditätsdifferenz zwischen OA- und herkömmlicher Liquidität ausgleichen, er wird auch die in den Euro-Preisen enthaltenen Zinsanteile widerspiegeln.

Die Verwirrung über das Gresham'sche Gesetz

Weitere Unklarheiten scheinen mir noch in Bezug auf den legalen Status der neutralen Liquidität zu bestehen. In der Projektbeschreibung wird nirgends erwähnt, ob die neutrale Liquidität den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels erhalten soll oder nicht. Die Ausführungen von Suhr (1994) und Mayer (1999) implizieren z.B., dass sich die neutrale Liquidität im freien Wettbewerb auch ohne diese staatliche Maßnahme durchsetzen könne. Im "Zahlungsnetzwerk München-Geld" scheint lediglich die Stadt München darauf verpflichtet zu werden, Zahlungen in neutraler Liquidität zu akzeptieren, während für alle anderen Teilnehmer die Akzeptanz auf freiwilliger Basis erfolgen soll.

Bei Suhr und Godschalk (1986: 134) ist hierzu jedoch Widersprüchliches zu lesen. "Um sicherzustellen, dass die neutrale Buchgeldliquidität bei Zahlungsvorgängen auch akzeptiert wird, müssten Zahlungen in Buchgeld offenbar gesetzlich anerkannt werden, derart, dass Zahlungen, die in der neuartigen Buchgeldliquidität getätigt werden, ebenso akzeptiert werden müssten wie Banknoten, wenn der Zahlungsempfänger nicht in Verzug geraten will. (...) Im übrigen könne man sich dann auf die Gesetzmäßigkeiten des Greshamschen Gesetz verlassen, die dafür sorgen, daß die Teilnehmer am Wirtschaftsverkehr die für sie "schlechtere", nämlich mit Liquiditätskosten belastete Liquidität stets zuerst für ihre Zahlungen verwenden würden, so dass sich im Verkehr die neutrale Buchliquidität weitgehend durchsetzen würde."

Würde die neutrale Liquidität als gesetzliches Zahlungsmittel durch den Staat bestimmt werden, so hätten sich die Überlegungen der Autoren über die Gewinnung interessierter Teilnehmer überholt. Jeder hätte OA-Konten zu eröffnen und Zahlungen in neutraler Liquidität zu akzeptieren. Obwohl der Status als gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel prinzipiell auch lokal begrenzt denkbar ist, stößt dies jedoch auf rechtliche Hindernisse.

Der Verweis von Suhr und Godschalk auf das Greshamsche Gesetz, nach dem sich die mit Liquiditätsgebühren belasteten Zahlungsmittel als "schlechteres Geld" im Wettbewerb durchsetzen würden, ist in der Freiwirtschaft sehr beliebt. Daher erscheinen mir an dieser Stelle einige Bemerkungen über das Greshamsche Gesetz angebracht.

Hayek (1978: 26) verweist z.B. darauf, "dass man am Ende der großen deutschen Inflation

behauptete, das Greshamsche Gesetz sei falsch und das Gegenteil richtig." Sein eigener Vorschlag von konkurrierenden privaten Währungen beruhte z.B. auf einer Umkehrung des Greshamschen Gesetzes.⁶ Wie er jedoch feststellt, ist es grundsätzlich nicht falsch, "doch es gilt nur, wenn eine feste Tauschrelation zwischen den verschiedenen Geldarten festgesetzt ist." (S. 26) "Wenn das Gesetz zwei Geldarten für vollkommen substituierbar bei der Begleichung von Schulden erklärt ..., dann werden die Schuldner natürlich nur in der ersten bar bezahlen ..." (S. 25)

Für lokal begrenzte Zahlungssysteme wie dem OA-System ist der Versuch einer Wechselkursfixierung ohnehin schwer vorstellbar. Zur Analyse dieser hypothetischen Situation kann man jedoch den Werkzeugkasten der modernen Wechselkurs-theorie verwenden. Zur Verteidigung einer unter Abwertungsdruck geratenen Währung benötigen die Währungsbehörden Währungsreserven (hier: Euro). Sofern es nur einen offiziellen Markt gibt, auf dem die jeweiligen Währungen gehandelt werden, haben die Währungshändler die Möglichkeit, Spekulationsgewinne zu erzielen, nämlich dann, wenn der fixierte Wechselkurs tatsächlich nicht mehr zu halten ist und frei zu schwanken beginnt. Sollte zudem noch ein inoffizieller Sekundärmarkt existieren, auf dem die Währungen frei gehandelt werden, eröffnet sich für die Marktteilnehmer die Möglichkeit sicherer Arbitragegewinne, so dass der offizielle Wechselkurs innerhalb kürzester Zeit von den Währungsbehörden aufgegeben werden muss.

Daher ist eher davon auszugehen, dass die Umkehrung des Greshamschen Gesetzes, das sogenannte Gesetz von Thiers, zutrifft. Dann würde "das Geld minderer Qualität mit einem niedrigeren Kurs bewertet [werden], und die Leute würden besonders dann, wenn er weiter abzufallen drohte, versuchen, es so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Der Selektionsprozeß würde solange weitergehen, bis die beste unter den von den verschiedenen Instituten ausgegebenen Geldarten entdeckt wäre, und er würde rasch jenes Geld verdrängen, das sich als ungeeignet oder wertlos herausstellte." (Hayek 1977: 25f.)⁷

Zusammenfassung

Im Gegensatz zu den meisten derzeit diskutierten freiwirtschaftlich inspirierten Geldprojekten versucht das Zahlungsnetzwerk München-Geld die typischen Anlaufschwierigkeiten durch die Ver-

pflichtung der Stadt München zur Teilnahme zu umgehen. Die Liquidität der internen Zahlungsmittel würde dadurch erheblich erhöht werden.

Allerdings offenbart eine tiefere Analyse, dass sowohl die Zinstheorie von Suhr und Godschalk als auch ihr Vorschlag eines neutralen Zahlungsnetzwerkes theoretische Mängel aufweist. Es bleibt zu hoffen, dass Norbert Olah in seiner zur Zeit erstellten Umsetzungsstudie die oben genannten Einwände aufgreifen wird und dass somit der durch das Projekt "München-Geld" angestoßene Diskussionsprozess innerhalb der Freiwirtschaft zu fruchtbaren Ergebnissen führt. Andererseits ist aber auch zu befürchten, dass ein zu voreiliger Aktionismus der Initiatoren negative Auswirkungen auf zukünftige geldreformerische Projekte haben könnte. Damit würde der Freiwirtschaft langfristig geschadet.

Anmerkungen

1. Vergleiche hierzu z.B. Gesell (1920: 246), Keynes (1936: 316f.) und Löhr und Jenetzky (1996: 105f.).
2. Die Cash-in-Advance (CIA)-Bedingung wurde von Robert Clower (1967: 2) eingeführt. "Money buys goods, goods buy money, but goods do not buy goods." Diese Bedingung hat bei vielen Ökonomen Widerspruch hervorgerufen, denn ohne die Modellierung der effizienzsteigernden Aspekte des Geldes ist die Geldverwendung paradox: Die optimale Allokation in einem CIA-Modell kann allen falls so gut wie in einer geldlosen Tauschwirtschaft sein, und das auch nur, wenn diese Nebenbedingung nicht bindend ist (Ostroy 1973: 597). CIA-Modelle sind dennoch bei der Analyse monetärer Wirtschaftssysteme weitverbreitet und, wie Suhr und Godschalk beweisen, auch für freiwirtschaftliche Zwecke durchaus verwendbar.
3. Weitere Hinweise in diese Richtung finden sich auch auf S. 24 ihres Buches oder bei Olah (1999: 28).
4. Vgl. hierzu auch Creutz (1994: 25) der bemerkt, dass die Zinskosten, die durch die Kreditaufnahme am herkömmlichen Kapitalmarkt entstehen, im OA-System lediglich mit einem anderen Schlüssel auf die Besitzer von positiven OA-Guthaben verteilt werden. Die Höhe der Zinsbelastung des Zahlungsnetzwerkes ist somit von außen vorgegeben.
5. Creutz (1994, S. 21) verweist z.B. darauf, dass diese Abschläge im WIR-Verrechnungsring in der Schweiz bis zu 30% des Nennwertes erreichen. Ältere Ansätze der Wechselkurs-theorie wie z.B. die Kaufkraftparitätentheorie gehen von einem "law of one price" aus. Der Wechselkurs e zwischen zwei Währungen A und B bestimmt sich derart, daß für handelbare Güter ein einheitlicher Preis zu zahlen ist, d.h. $A = e \cdot B$.
6. Die "Umkehrung" des Gresham'schen Gesetzes wird in der Literatur auch oft nach dem französischen Historiker Louis A. Thiers als Thiers' Gesetz bezeichnet. Vgl. z.B. Bernholz (1989: 466).
7. Kontroverse Diskussionen des Gresham'schen Gesetzes finden sich z.B. bei Rolnick und Weber (1986) oder Greenfield und Rockhoff (1995). Eine Synthese der beiden Standpunkte vermag die Arbeit von Bernholz (1989) zu liefern indem ein kompletter Zyklus analytisch beschrieben wird, in dem sowohl das Gresham'sche als auch Thiers' Gesetz zeitweise gültig sind.

Bibliographie

- Bernholz, P. (1989) : "Currency Competition, Inflation, Gresham's

- Law and Exchange Rate.“; in: Journal of Institutional and Theoretical Economics 145, S. 465–488.
- Böhm-Bawerk, E.v. (1924): "Kapital und Kapitalzins. Positive Theorie des Kapitals.", 1. Band, 4. Aufl., Jena: Gustav Fischer.
 - Clower, R. (1967): "A Reconsideration of the Microfoundations of Monetary Theory.;" in: Western Economic Journal 6, S. 1–8.
 - Creutz, H. (1994): "Alternative Geldsysteme – Auswege aus einer fehlerhaften Geldordnung?"; in: Zeitschrift für Sozialökonomie 31(101), S. 18–28.
 - Gesell, S. (1920): "Gesammelte Werke"; Bd. 11, "Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld.;" Lütjensburg: [Fach]Verlag für Sozialökonomie.
 - Greenfield, R.L. und Rockoff, H. (1995): "Gresham's Law in Nineteenth-Century America.;" in: Journal of Money, Credit, and Banking 27(4,1), S. 1086–1098.
 - Hayek, F.A. (1977): "Die Entnationalisierung des Geldes." in: Freiburger Studien Bd. 13, Tübingen: Mohr-Siebeck.
 - Keynes, J.M. (1936): "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes." Berlin: Duncker & Humblot.
 - Klein, Th. (1994): "Warum müssen alternative Geldsysteme scheitern?"; in: Zeitschrift für Sozialökonomie 31(102/103), S. 54–59.
 - Löhr, D. und Jenetzky, J. (1996): "Neutrale Liquidität : Zur Theorie und praktischen Umsetzung.;" Frankfurt/M.: Peter Lang.
 - Mayer, Th. (1999): "Bürgerbegehren München-Geld"; in: Zeitschrift für Sozialökonomie 36(122), S. 25–30.
 - Olah, N. (1999): "Geldtheorie kurzgefaßt – Repetitorium und innovative Theorie." Unveröffentlichtes Manuskript.
 - Ostroy, J.M. (1973): "The Informational Efficiency of Monetary Exchange.;" in: American Economic Review 63(4), S. 597–610.
 - Rolnick, A.J. und Weber, W.E. (1986): "Gresham's Law or Gresham's Fallacy?"; in: Journal of Political Economy 94(1), S. 185–199.
 - Suhr, D. und Godschalk, H. (1986): "Optimale Liquidität – Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept.;" Frankfurt/M.: Fritz Knapp Verlag.
 - Suhr, D. (1994): "Netzwerk neutrales Geld – Eine kritische Analyse des herkömmlichen Geldes und das Konzept einer Finanzinnovation für neutrales Geld.;" in: Fragen der Freiheit 228, Bad Boll: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

"Was nennst du ehrlich?"

"Reichen Filzen ein Drittel ihrer Sorgen vom Hals schaffen, die ihnen nur den goldenen Schlaf verscheuchen, das stockende Geld in Umlauf bringen, das Gleichgewicht der Güter wiederherstellen – mit einem Wort: das goldene Alter wieder zurückrufen, dem lieben Gott von manchem lästigen Kostgänger helfen, ihm Krieg, Pestilenz, teure Zeit und Dokters ersparen. Siehst du, das heiss ich ehrlich sein; das heiss ich ein würdiges Werkzeug in der Hand der Vorsehung abgeben."

*Friedrich Schiller, Die Räuber
(Spiegelberg zu Roller im 1. Akt, 2. Szene),
Erstaufführung 1782;*

zitiert nach der Ausgabe Stuttgart 1992, S. 29.

Zum Zusammenhang von Geldsystem und Zerstörung

"Bekanntlich erzeugt die ständige exponentielle Geldvermehrung in zinsorientierten Volkswirtschaften gewaltige, leistungslos erworbene private Überschüsse. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten jagen sie pausenlos um den Globus. .. Die ständige Erfindung neuer, künstlicher Anlagemöglichkeiten ist das beherrschende Merkmal kapitalistischer Systeme. ... Neben harmlosen Anlagerefindungen gibt es die subventionierte, d.h. vom Steuerzahler bezahlte Überproduktion (Kohlehalden, Butterberge, Weinseen, Büroflächenleerstand). ... Mit dem Geld, das man in die Atomindustrie gesteckt hat, hätte man ziemlich genau alle deutschen Altbauten energetisch sanieren können. Damit hätte man weit mehr Energie eingespart, als die Atomindustrie heute produziert. ... Von der Inkaufnahme von Zerstörung bis zu ihrer mutwilligen Herbeiführung ist es nur ein kleiner Schritt. Die Grenzen vom sog. 'Wettbewerb' über den Wirtschaftskrieg bis zum 'modernen' kampf- und risikolosen Materialkrieg sind fließend geworden. Reichen alle Erfindungen neuer Anlagemöglichkeiten nicht mehr aus, kommt es zur explosionsartigen Entladung des Anlagedrucks, für den sich besonders Kriege eignen. ... So kann es nicht nur seinem Anlagedruck Luft schaffen, sondern es kann sich, obwohl selbst Verursacher, auch noch als anschließender Wohltäter beim profitablen Wiederaufbau darstellen. Und als Verteidiger der 'Menschenrechte.'"

*Prof. Dr. Günther Moewes, Arbeit, Geld und Krieg,
in: Zukünfte Nr.28/Sommer 1999, S. 6.*

DOKUMENTATION

Das Institut für Institutionelle und Sozial-Ökonomie (iiso) stellt sich vor

Ziel dieses Instituts im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen ist die Entwicklung neuer wirtschaftstheoretischer und wirtschaftspolitischer Konzepte, in deren Mittelpunkt das ökonomische Handeln in seinen sozialen und institutionellen Zusammenhängen steht.

Handeln in engen finanziellen und institutionellen Zwängen bestimmt zunehmend die heutigen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaften und damit die Lebensbedingungen der Menschen. Dies gilt sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Leben. Unter solchen Umständen setzt sich zunehmend eine bestimmte ökonomische Rationalität, eine Rationalität in Form einer bedingungslosen Maximierung eigennütziger Handlungserfolge durch. Diese wirkt allerdings zunehmend zerstörerisch nicht nur auf die natürliche Mitwelt, sondern auch auf die gewachsenen sozialen Beziehungen und Institutionen (sozialen Verhaltensmuster), die erfahrungsgemäß in der Regel notwendige Ordnungsstrukturen, Problemlösungshilfen und Stabilisatoren von Wirtschaftsgesellschaften sind. Diesen zerstörerischen Tendenzen kann die Fähigkeit der Menschen zu verantwortlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsgestaltung aufgrund ihrer kommunikativen und diskursiven Vernunft ("reasonableness") entgegenwirken.

Moderne Ansätze der institutionellen und evolutionären Ökonomie sowie der Sozial-Ökonomie, der ökologischen Ökonomie und des Feminismus begründen vor diesem Hintergrund wirtschaftswissenschaftliche Analysen, die die natürliche und soziale Eingebettetheit, die institutionelle Bedingtheit, die Prägung durch Geschlechterverhältnisse, die Wertgebundenheit sowie den evolutionären Charakter des individuellen und kollektiven Handelns berücksichtigen. Zusammen mit aktuellen Ansätzen der betrieblichen Personalökonomie und Organisationswissenschaft, Theorien interdependenten und interaktiven Handelns sowie Analysen des Non-Profit-Sektors entsteht eine theoretische Basis, von der aus Ökonomie als Raum sozialen Handelns, der weit mehr umfasst als Märkte, verstanden werden kann.

Dieser wirtschaftswissenschaftliche Ansatz hat nicht die isoliert handelnden Menschen, sondern

die interaktiven Beziehungen zwischen ihnen zum Ausgangspunkt. Er beinhaltet daher auch die Analyse räumlich, zeitlich und sozial bedingter unterschiedlicher Lebensformen, institutioneller Arrangements und sozio-ökonomischer Kulturen. Die historische Dimension dieser Ansätze kommt dabei vor allem in den Konzepten der Evolution und der Pfadabhängigkeit zum Ausdruck.

Zum Forschungs- wie auch zum Ausbildungsziel des Instituts gehört die Stärkung einer Denkweise und einer Praxis, die dieses aufnimmt und Grundlagen eines stärker selbstbestimmten, bewußt gestalteten, partizipatorisch-demokratischen, vernetzten und eingebetteten ökonomischen Handelns schafft. Vor diesem Hintergrund sind die Mitglieder des Instituts auch in regionalen und sektoralen Zusammenhängen beratend, moderierend und koordinierend tätig. Die Ansätze der institutionellen und evolutionären ökonomischen Theorie und der Sozial-Ökonomie werden somit in praktischen Feldern verschiedener ökonomischer Organisations- und Lebensformen sowie der Regional- und Sektoralentwicklung forschend und beratend angewandt.

Das Institut wurde 1990 als ÖSO-Institut gegründet und 1996 als iiso neugegründet. Es wird geleitet von Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Prof. Dr. Wolfram Elsner und Prof. Dr. Klaus Grenzdörffer. Die Mitglieder des Instituts geben die Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie heraus, von denen seit 1996 bereits 24 Hefte erschienen sind. Einmal jährlich, am letzten Februarwochenende, führt das Institut einen Workshop durch, aus dem heraus jeweils ein Tagungsband entsteht. Die Titel der bisherigen Tagungsbände lauten:

- Ökonomie als Raum sozialen Handelns (1994),
- Neue Bewertungen in der Ökonomie (1995),
- Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation. Elemente demokratischen Wirtschaftens (1996),
- Neue institutionelle Arrangements für eine zeitgemäße Wohlfahrt (1997),
- Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden: Erweiterte Stakeholder-Prozesse (1998),
- Vielfalt und Interaktion sozio-ökonomischer Kulturen. Modernität oder Zukunftsfähigkeit (1999).

Weitere Informationen über das iiso gibt das Sekretariat des Instituts: c/o FB 7, Postf. 330 440, 28334 Bremen.

Eine Homepage des iiso befindet sich im Internet unter der Adresse: <http://www.wiwi.uni-bremen.de/institute/iiso>.

B Ü C H E R

Gero Jenner

Das Ende des Kapitalismus. Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?

Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1999. 346 Seiten.

Während der beamtete Wissenschaftsbetrieb der Universitäten zu den Analysen und Therapievor schlägen dieser Zeitschrift noch auf Distanz bleibt, finden unabhängig arbeitende und denkende Wissenschaftler dazu eher Zugang. Den mühsamen Paradigmenwechsel zu Grundfragen gerechter Wirtschaftsordnung wird der staatlich organisierte Hochschulbetrieb wohl nur bewerkstelligen, wenn er von außen dazu nachhaltig animiert wird. Das angezeigte Buch verstärkt diesen Impuls in mehrfacher Hinsicht: Im angesehenen Fischer Taschenbuch Verlag veröffentlicht der durch mehrere auf lagenstarke Bücher bekannte Soziologe und Asienwissenschaftler Gero Jenner eine Kapitalismuskritik, die sich wesentlich auf Helmut Creutz ("Das Geldsyndrom") stützt, und befürwortet als Therapie eine Liquiditätsabgabe. Das macht Mut.

Gero Jenner lebt nach einem längeren Arbeits- und Forschungsaufenthalt in Japan heute als freier Autor in der Steiermark. 1997 erschien von ihm die Studie über die Wirtschaft Japans "Nippon – eine untergehende Sonne?". Im selben Jahr veröffentlichte er im Fischer Taschenbuch Verlag sein Buch "Die arbeitslose Gesellschaft", das 1998 bereits in 3. Auflage erschien.

Als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet es Jenner, "Kapitalismus und Marktwirtschaft in ihrem Gegensatz zu begreifen und die Chancen der einen mit den Gefahren der anderen zu konfrontieren". Kapitalismus ist für ihn "eine asoziale Verfallsform der Marktwirtschaft", ein Krieg der Starken gegen die Schwachen, des Geldes gegen die Leistung und der gesamten Ökonomie gegen die natürlichen Grundlagen des Lebens.

Kundig und informativ beschreibt Jenner im 1. Teil ("Vom Wettbewerb zum Wirtschaftskrieg") den zerstörerischen Wettbewerb der Wirtschaftsmächte Japan und USA. Das von den USA weitgehend übernommene japanische Modell kennzeichnet er im Verhältnis zu anderen Ländern als "offen parasitär" und "national egoistisch". Statt im Blick auf die gesamte Menschheit, künftige Generationen und die Natur "sozial gebändig" zu werden, sei Handel

zu einem "Krieg der Verdrängung zwischen den Staaten" geworden; statt internationaler Arbeitsteilung und Kooperation herrsche ökonomischer Kampf. Im Bestreben, weltweit ökonomische Mechanismen durchzusetzen, ließen die USA die politischen Fundamente solcher Mechanismen außer Acht. Weil aber auch innerhalb der Industriestaaten nur eine kleine Minderheit von dieser Wirtschaftsweise profitiert, sei es letztlich ein Kampf gegen die eigene Bevölkerung.

In der Analyse des II. Teils ("Kapital – die Aushöhlung des Leistungsprinzips") über die Rolle von Geld, Schulden und Zins folgt Jenner weitgehend den Darstellungen bei Helmut Creutz. Deutlich spricht er von "Verschuldungszwang" und "Schuldenepidemie". Den Mythos vom ökonomischen Gleichgewicht ersetzt er durch die ernüchternde Erkenntnis: "Kapital frisst Leistung auf", sobald das Wirtschaftswachstum niedriger ausfällt als die (Kapitalmarkt-)Zinsen.

Nicht das Kapital als solches sei knapp, sondern allein das "billige Geld". Einleuchtend begründet Jenner die Notwendigkeit einer Geldreform, die Geld durch "Verschleiß" in Umlauf halte, und ver-

"Der Kapitalismus - eine asoziale Verfallsform der Marktwirtschaft"

"Kapitalismus ist das hässliche Gesicht einer Marktwirtschaft, die das Interesse einzelner über das der Gesellschaft stellt. Er ist ein Krieg der Starken gegen die Schwachen, des Geldes gegen die Leistung und der gesamten Ökonomie gegen die natürlichen Grundlagen des Lebens. ... Die Kapitalismuskritik bleibt oft oberflächlich und modisch; sie krankt an Fundamentalismus und Ideologie. Während sie zu Recht den Finger auf die Wunden der Marktwirtschaft legt, pflegt sie blind für deren historisch einzigartige Verdienste zu sein. ... Eine der wichtigsten Aufgaben besteht heute darin, Kapitalismus und Marktwirtschaft in ihrem Gegensatz zu begreifen und die Chancen der einen mit den Gefahren der anderen zu konfrontieren."

Dr. Gero Jenner, Das Ende des Kapitalismus – Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?, Frankfurt/M. 1999, S. 10-11 und 17.

weist ausdrücklich auf S. Gesell und I. Fisher. Ein Anhang ("Das kapitalistische Geldsystem") vertieft diesen Therapievorschlag.

Aus Verschuldungs- und entsprechendem Wachstumszwang ergibt sich für Jenner im III. Teil das "Gesetz der Naturzerstörung im ungebändigtem Kapitalismus". Der IV. Teil fragt nach den Folgen für die Demokratie, in der die Mehrheit ihrer eigenen Enteignung akklamierend zusieht, und für Krieg und Frieden.

Kritisch mag man die wenig stringente Gliederung des Buches bemängeln. Auch wünscht man sich für spätere Auflagen eine deutlichere Einordnung des Geldreformvorschlages in ein ökologisches Steuersystem sowie Hinweise auf die vielfältigen dezentralen Praxisversuche (Tauschringe, Leihgemeinschaften, alternative Betriebe usw.), ausbeutungsfrei mit- und füreinander zu wirtschaften. Doch auch in der vorliegenden Form leistet dieses Buch einen wertvollen Beitrag dazu, eine zukunftsweisende Reformbewegung in Wissenschaft und politischer Diskussion bekannt zu machen, und fördert notwendiges Umdenken.

Roland Geitmann

Christoph Deutschmann

Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus

Frankfurt /M., New York: Campus Verlag, 1999, 194 Seiten.

Die Grundhypothese und -these des Verfassers lautet, dass die kapitalistische Ökonomie "durch ein zutiefst utopisches Entwicklungsprinzip beherrscht wird: Die Verheißung des absoluten Reichtums, den Traum individueller Verfügung über die Totalität der menschlichen Möglichkeiten, wie er der Vermögensform des Geldes innewohnt" (178). In dieser besonders von Georg Simmel herausgestellten Vermögenseigenschaft des Geldes, dem verallgemeinerten Potenzial an sozialer Macht über den konkreten Nutzen, über die Tausch- und Wertaufbewahrungseigenschaften des Geldes hinaus, erblickt Deutschmann die Notwendigkeit, Ökonomie und (Religions-)Soziologie als Einheit zu betreiben. "Hat sich nun die Tendenz zur funktionalen Differenzierung zwischen Wirtschaft und Religion in der modernen Gesellschaft weiter fortgesetzt und vertieft? Dass diese Frage mit ja zu beantworten sei, ist die von Parsons, Luhmann und Habermas ungeachtet aller sonstigen Differenzen gemeinsam geteilte Überzeugung. Das könnte jedoch ein Trug-

schluss sein (...) Muss nicht mit der Entfaltung der irdischen Macht des Geldes auch seine Konkurrenz mit der Religion schärfer werden, und welche Aussichten hat die Religion, in diesem Konkurrenzkampf zu bestehen?" (82). Es könne sein, so die zentrale Vermutung des Autors, dass es sich bei jenem Problem, dem Luhmann die Religion funktional zuordnet, nämlich der "Transformation unbestimmbarer in bestimmte Komplexität" (Luhmann) in Wahrheit um das Problem der modernen Wirtschaft handele (85). Deutschmann wird hierbei, wie erst langsam aus seinen differenzierten Referaten zu Marx, Simmel, Schumpeter, Parsons, Habermas, Luhmann in etwas verklausulierter, anspruchsvoller Fachsprache deutlich wird, nicht etwa von einem religiösen, sondern eher von einem religionskritischen, ja antireligiösen Anliegen geleitet: Von der Hoffnung geradezu, "dass das Schicksal der Weltlichung und Privatisierung auch die Verheißung des absoluten Reichtums als letzte große Religion der Moderne ergreifen könnte und es an der Zeit ist, sich auf eine solche Perspektive einzustellen" (176). Wohlgermerkt, es geht nicht um Befreiung der Religion von ihrer Zerrform und Ersatzform als Kapitalismus, sondern "im Gegenteil um den Abschied von der Religion auch in ihrer diesseitigewendeten Gestalt, um das Durchschauen und Überwinden zwanghafter, als Kollektivschicksal inszenierter Formen von Kreativität" (ebd.) – keine religiöse Verheißung, sondern anstrengende Selbsterkenntnis des erwachsen werdenden Menschen. Auf den letzten Seiten des Buches werden für diesen letztentscheidenden Aufklärungsprozess in einem Atemzuge Keynes sowie Silvio Gesell als positive Autoritäten angeführt. Erst hier wird deutlich, wie Deutschmann sich eine von der im Kern religiösen Verheißung des absoluten Reichtums befreite Wirtschaft vorstellt: "Gesells und Keynes` Desiderat, die Kapitaleigentümer von ihrer Vorstellung abzubringen, sie hätten einen Anspruch auf einen 'Ertrag', müßte in seiner ganzen Tragweite verstanden und praktisch in Angriff genommen werden – wahrlich keine geringe Aufgabe" (180)! In wenigen Stichworten entwirft der Autor abschließend das Bild einer von arbeitslosen Einkommen befreiten "Versorgungswirtschaft" anstelle einer zum quasi-religiösen Selbstzweck erhobenen "Erwerbswirtschaft" (vgl. Binswanger). Im Schlußsatz kommt das damit verbundene religionskritische Menschenbild noch einmal zum Ausdruck: "Es würde eine im genauen Sinn 'sozial eingebettete' Marktwirtschaft sein, die keinen ewigen

Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt und sich auf das Schwierigste konzentriert: Dem Alltag ins Auge zu blicken" (183).

Im ökonomischen Anliegen besteht erfreuliche Übereinstimmung zwischen diesem der Frankfurter Schule nahestehenden Soziologen und einer an Gesell orientierten "freiwirtschaftlichen" Sicht. Darüberhinaus ist bemerkenswert, dass Deutschmann keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der Marx'schen und der Gesellschen Sichtweise kennt, wie er von den Anhängern beider Seiten leider zum historischen wie gegenwärtigen Nachteil einer "alternativen" Ökonomie immer noch gern konstruiert wird.

Meine kritischen Anfragen richten sich gerade auf die für unsere Zeit originellen, bei näherem Hinsehen aber schon Marx'schen sowie altmarxistischen, mit dem ökonomiekritischen Anliegen diskussionslos vermischt und als solche undiskutiert bleibenden religionskritischen Prämissen des Buches. Stillschweigend wird mit Marx die "Kritik des Himmels" als abgeschlossen betrachtet und solche Religionskritik für die verbleibende, entscheidende "Kritik der Erde" vorausgesetzt (vgl. Marxens "Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" – solche Stellen werden von Deutschmann selbst nicht zitiert). Die fundamentale Prämisse, Religion überhaupt als "Geist geistloser Zustände" anzusehen (ebd.), ist jedoch nicht undiskutiert akzeptabel. Gerade die nicht bloß antikirchlichen, sondern antireligiösen Invektiven Marxens hinderten schon damals in m.E. tragischer Weise eine Verbündung zwischen den sozialistischen und den religiösen Kreisen (z.B. um Carl von Vogelsang und den westfälischen Pfarrer Kurt Hohoff bis hin zum Exjesuiten Johannes Kleinhappl). Sie dienen bis heute religiösen Kreisen zum Vorwand, Marx auch als Sozial- und Kapitalismusanalytiker nicht ernst nehmen zu müssen – woraus Gesell und die Gesellianer für ihre ökonomische Sache freilich keinerlei Gewinn ziehen konnten. Im Gegensatz zum Zusammengehen mit bürgerlichen "Ideologen" und einer zeitgeistbequemen Abwertung Marxens durch Gesell wird ihnen von "Marxisten" bis heute der absurde Faschismusvorwurf angehängt. Es ist hier nicht der Ort, in eine ausführlichere religionsphilosophische Debatte einzutreten. Zwei dem Gedankengang des Buches immanente Punkte seien jedoch kritisch bedacht:

Erstens, in den Kapiteln 7 und 8 nimmt Deutschmann immer wieder Bezug auf Marx' Sicht des Geldes als der verdinglichten, zum fetischhaften Objekt gemachten Heiligtum der Gesellschaft (bes. 88 ff). Marx erkennt den Zusammenhang zwischen Heiligem, Gesellschaft/Gemeinschaft und Geld. Gesellschaft/Gemeinschaft sind ihm selbst, im Gefolge Feuerbachs ("Der Mensch für sich allein ist Mensch. Die Einheit von Ich und Du ist Gott", Grundsätze einer Philosophie der Zukunft) etwas Absolutes, säkularisiert oder entmystifiziert Religiöses. Demgegenüber bedeutet die im "Vermögen" imaginierte bloß subjektive, in Hegels Sinne "schlechte" Unendlichkeit, auf die Deutschmann immer wieder als Non-plus-ultra-Einsicht Simmels rekurriert, einen subjektivistischen Rückfall. Der tiefere, von Marx erkannte Grund für die Mystifizierung des Geldes zum Allerheiligsten liegt m.E. nicht primär in der mit ihm eröffneten schlecht-unendlichen "Freiheit des Wählen- und Zugreifenkönnens" (89), im imaginären Unendlichkeits-Vermögen, sondern in etwas Tieferem: in seiner Eigenschaft, "magische" Verdinglichung der Gesellschaft zu sein, die tatsächlich (für Hegel, Feuerbach und auch noch Marx) etwas säkularisiert Absolutes hat, Erscheinung eines Göttlichen ist – und sei dieses nur das zwischenmenschliche "Reich der Freiheit". Es geht hier nicht allein darum, dass der Verfasser Marx – trotz einiger dazu zitierter Texte (88 ff) – nicht ganz gerecht wird, sondern in systematischer Hinsicht darum, dass er hinter dem Niveau einer nicht bloß subjektivistischen religionsphilosophischen Argumentation zurückbleibt. Hinzukommt, dass der Gedanke des unendlichen Reichtums (ob als Religionsersatz oder mit Deutschmann als letztes Religionsrelikt oder aber als positives religiöses Symbol verstanden) unter Voraussetzung "alternativer" weltwirtschaftlicher Verhältnisse gar nicht als infantiler Wunschtraum verabschiedet werden muss. Gesellschaftlicher Überfluss für alle, eine Voraussetzung im Denken von Herbert Marcuse, ist keine bloße Utopie.

Mit seinem Vorurteil über Religion hängt zusammen, das ist mein zweiter immanent argumentierender Kritikpunkt, dass Deutschmann der handlungssystemtheoretischen Sichtweise von Parsons und seiner Nachfolger, also der These einer Ausdifferenzierung der Religion als eigenes Subsystem des Sozialen, nicht hinreichend gerecht wird. Auch wenn Parsons das Religiöse seinerseits zu einseitig als Moral und Morallehre behandelt und

seine Systematik auch sonst korrekturbedürftig ist (vgl. Heinrichs 1976, 1978, 1997), hat doch die schon von M. Weber vorbereitete Sicht der Moderne als Prozess der Differenzierung von Subsystemen im Prinzip Gültigkeit. Dass Religion als Legitimationssystem sich grundsätzlich differenziert von Wirtschaft und Politik, m.E. auch vom kulturellen Subsystem, bedeutet keineswegs, dass Religion und Wirtschaft nicht mehr in ihrem wechselseitigen Zusammenhang thematisiert werden können, wie der Verfasser durchgängig an Parsons kritisiert. Vielmehr bietet die analytische wie realsystemische Unterscheidung zugleich eine Methode ihrer theoretischen Inbezugsetzung. Die unheilvolle Dominanz des Subsystems Wirtschaft über das gesamte soziale System bedeutet gerade einen Mangel an institutioneller Differenzierung, wie er der Entwicklung der Moderne angemessen wäre. Insbesondere die kurzschlüssige Verkleisterung von Wirtschaft und religiösem Legitimationssystem, der Teufelskreis zwischen Basis und strukturellem Abschluss des sozialen Systems ("Basis und Überbau"), läßt sich von einer an sich zu postulierenden Differenzierung der Subsysteme her viel kritischer thematisieren als von einer schlichten Ineinsetzung von Wirtschaft und Religion, von "Kritik des Himmels" und "Kritik der Erde". Vor der eigentlich religionsphilosophisch-theologischen Kontroverse wäre also die religionssoziologisch-systemtheoretische Kontroverse angebracht: Das Legitimationssystem der gesellschaftlichen Grundwerte (z.B. "Recht auf Arbeit") würde von einer alternativen Wirtschaftsweise sicher besser realisiert – darin besteht große Übereinstimmung mit dem Verfasser –, nicht aber würde eine wie immer verstandene vernünftige Religion von einer gründlich reformierten (oder revolutionierten) Wirtschaft eo ipso als überflüssiger Überbau absorbiert. Beruht die Notwendigkeit, dies zu betonen, auf Mißverständnis dieses als durchaus brisant verstandenen Buches?

Johannes Heinrichs

**Andrea Günter, Ina Praetorius, Ulrike Wagner
Weiberwirtschaft weiterdenken –
Feministische Ökonomiekritik als Arbeit
am Symbolischen**

Luzern: Edition Exodus, 1998. 200 Seiten.

In ihrer Darstellung der Gemeinsamkeiten zwischen der Haushaltswissenschaft, Weiberwirtschaft und Subsistenzperspektive (Zeitschrift für Sozial-

ökonomie 119. Folge Dezember 1998) regte Ina Praetorius an, auch die Geld- und Bodenreformkonzeption in den Dialog über eine feministische Ökonomiekritik einzubeziehen. Dies liegt nahe, weil die Geld- und Bodenreformkonzeption ebenfalls dem Leben den Vorrang vor der zerstörerischen Macht des Geldes einräumt, sie will sowohl das Geld dem Leben anpassen als auch den Beitrag von Frauen zur Wirtschaft finanziell anerkennen; statt Frauen in traditionelle männliche Lebensmuster zu zwingen, ist sie zudem offen für die Suche nach einem neuen Selbstverständnis von Frauen und Männern.

Im Anschluß an die Bücher "Weiberwirtschaft – Frauen, Ökonomie, Ethik" und "Ökonomie weiterdenken" (sie wurden in der 116. Folge März 1998, S. 27-29 vorgestellt) untersuchen Ina Praetorius, Andrea Günter und Ulrike Wagner in ihrem neuen Buch abermals, wie männliches Denken – die "androzentrische Ordnung" – seit Aristoteles vorherrscht und wie es unser Leben trotz mancher positiver Veränderungen noch immer prägt. Statt von ökonomischen Theorien gehen sie wiederum von Erfahrungen im (Frauen-)Alltag aus, vor allem von Erfahrungen mit der Sprache (dem Symbolischen), die neben dem Geld ein ganz elementares Kommunikationsmittel in unserem Leben ist. Und das Geld hat sich ja der Sprache seit langem zur Sicherung seiner Herrschaft bemächtigt – in George Orwells "1984" ebenso wie in der Sprache von Werbung und Marketing, wo zum Beispiel Frauen gezielt als Attribute von Produkten benutzt werden.

So ist es sehr lehrreich von Ulrike Wagener zu erfahren, wie selbst ein auf Gerechtigkeit und Solidarität bedachtes Dokument wie das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland noch von traditionell männlicher Sprache durchsetzt ist. Ebenso lehrreich sind auch ohne ökonomische Theorie die Anregungen von Ina Praetorius, die zumeist geringgeschätzte Hausarbeit zu "enttrivialisieren" und sie als Prototyp einer zukünftigen Weltwirtschaft vorzustellen. Jenseits der androzentrischen Ordnung wird die Welt zum gemeinsamen Haushalt aller Menschen – Frauen, Männer und Kinder – sowie der Tiere und Pflanzen.

Sehr bedeutsam sind auch die Versuche von Andrea Günter, anhand der "Vita activa" der Philosophin Hannah Arendt mit kritischen Seitenblicken auf Kant und Freud von neuem darüber nachzudenken, was es eigentlich bedeutet, Mensch auf dieser Welt zu sein. Hannah Arendt dachte die

Menschen nicht wie viele moderne Philosophen als voneinander abgegrenzte, atomisierte Individuen des Mangels, sondern als aufeinander bezogene "einzigartige und verschiedene Subjekte der Fülle" in einem zwischenmenschlichen Beziehungsgewebe. Obwohl die 1958 erschienene "Vita activa" nur vom 'Menschen' und nicht auch von der Geschlechterdifferenz handelt, fand Andrea Günter darin wertvolle Einsichten über das "Arbeiten", "Herstellen" und das "Handeln" als elementare menschliche Tätigkeiten, die bereits als frühe Warnung vor einer immer weitergehenden Durchkapitalisierung des Lebens verstanden werden können. "Arbeit" als Tätigkeit zur Lebenserhaltung und -gestaltung wird auf den bloßen Gelderwerb reduziert, was mit einem Verlust von Kreativität, Sinn, Glück und Segen einhergeht. "Herstellen" bedeutet nach Hannah Arendt eigentlich, daß Menschen Naturgüter zu Gegenständen umformen, die sie wie Häuser oder Wohnungen mitsamt den Einrichtungen umgeben und die ihnen das Gefühl von "Verortung in der Welt" vermitteln (165). Stattdessen verlieren immer mehr Menschen durch die Konzentration von Produktivvermögen in wenigen Händen und durch die Herrschaft der Technik ihren Ort in der Welt, sie werden abhängig von unüberschaubaren Strukturen, unselbständig und wurzellos in der Welt. Diese Einsichten von Hannah Arendt aktualisiert Andrea Günter mit ihrem Hinweis, daß heutzutage Eigentum in finanzieller Gestalt heimatlos um den Globus vagabundiert und von den Menschen entsprechende Mobilität verlangt. "Der globale Geldmarkt scheint nirgends zuhause zu sein, sondern nur noch virtuell im Netz von Computern, überall gleichzeitig." (167) Das Zeitalter der Globalisierung führt zu einer globalen Weltlosigkeit von Menschen und Eigentum.

Anders als Andrea Günter sehe ich die "Gefährdung der Demokratie" (159-160) weniger darin, daß unsere Gesellschaft auf das Arbeiten fixiert ist als vielmehr darin, daß die Arbeit immer noch im Dienst des Kapitals steht – was 'Besserverdienenden' ermöglicht, größtenteils von Nicht-Arbeit zu leben. Sehr ernst zu nehmen sind andererseits ihre mutigen Argumente gegen die wohl gut gemeinte, aber nicht gute Idee eines Bürgergeldes zur Existenzsicherung. (167-168)

Andrea Günter fügt der "Vita activa" die Einsicht hinzu, daß im Bereich "Arbeit" die "haushaltende Arbeitskraft als tätiges Subjekt nicht unsichtbar" bleiben dürfe. (122) Sonst wäre Hannah Arendts Vorstellung vom Tausch als Begegnung von zwei

"Subjekten der Fülle" auf Dauer unrealistisch. Beim Tausch sollen sich zwei ganze Menschen begegnen und leistungsgerecht tauschen (was Hausarbeit zum Nulltarif ausschließt). Obwohl sie die Bedeutung des Tausches für das gesellschaftliche Leben deutlich sieht ("Tausch ist das ganze Leben, und das ganze Leben ist Tausch." - 138), gerät ihr die Frage nach der Tauschgerechtigkeit leider allzu schnell wieder aus dem Blickfeld – vielleicht weil sie mit Hannah Arendt unter "zwischenmenschlichem Bezug" und "Handeln" nur den Austausch politischer Worte und Taten versteht und nicht zugleich auch das Von-Hand-zu-Hand-geben der erarbeiteten und hergestellten Dinge. Schließlich gelangt Andrea Günter noch zu der Ansicht, es sei ein "Irrglauben davon auszugehen, daß wir im Bereich menschlicher Angelegenheiten etwas machen können, z.B. Einrichtungen und Gesetze schaffen, wie wir Tische und Stühle fabrizieren." (172) Es sind jedoch historisch gewachsene Denkgewohnheiten und ihnen entsprungene 'gemachte' Gesetze, die unser Leben bislang in falsche Bahnen der Ungerechtigkeit und der Wurzellosigkeit leiten. Und es bedarf neuer Gesetze und Einrichtungen – das zwischenmenschliche Beziehungsgewebe muß gleichsam mit einer Rahmenordnung umsäumt werden, welche

a) die Hausarbeit ökonomisch sichtbar macht und entlohnt. Nur allzu berechtigt sind Andrea Günters Vorbehalte gegen die bisherige moderne Frauenbewegungspolitik, die die Frauen auf traditionell männliche Lebensmuster festlegen wollte und das "Problem Berufstätigkeit-Kinder" nicht einmal in Skandinavien lösen konnte, obwohl dort noch am ehesten Männer Mitverantwortung für die Kinder übernahmen und obwohl es dort eine bessere öffentliche Kinderbetreuung gab als in manchen anderen Ländern. (170)

b) Eine solche wirtschaftliche Rahmenordnung müßte mit Hilfe eines neutralen Geldes für gerechte Tauschbeziehungen zwischen allen "Subjekten der Fülle" sorgen und den inzwischen regelrecht 'außerirdisch' verselbständigten Geldmarkt auf die Erde zurückholen, damit die Menschen – Männer wie Frauen – über eine Dezentralisierung von Produktivvermögen wieder gleiche Chancen bekommen, ihren Ort auf der Welt zu finden. In den Preisen würden dann alle einzelwirtschaftlichen Beziehungen zu einem sowohl gerechten wie sittlichen Ausgleich finden. Statt nur ein Ausgleich zwischen individuellen Nutzenkalkülen von homines oeconomici zu sein, würde der ganze Preiskosmos

gleichsam zum universellen Brennpunkt aller zwischenmenschlichen Informationen über die Wünsche, Gefühle, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Interessen ganzer Menschen werden.

c) Und schließlich wäre zu überlegen, welche fundamentale Bedeutung es für die Wiedereinwurzelung der Menschen in die Welt haben könnte, daß sie alle ein Grundrecht auf einen gleichberechtigten Zutritt zur Erde mitsamt ihren Ressourcen und der Atmosphäre bekommen. Denn was bedeutet es, durch die Geburt auf eine Welt zu kommen, in der der Boden einem Teil der Menschheit gehört, während einem anderen Teil nichts gehört? Was bedeutet es, daß die einen von den anderen für die Dauer ihres Aufenthaltes auf der Erde eine Miete verlangen können? Oder was bedeutet es gar, zur Welt zu kommen und obdachloses Straßenkind zu sein statt wirklich Ein-Wohner der Welt?

Ob Hannah Arendts Grundlagenreflexion über die Bedingungen menschlichen Seins in der Welt vielleicht noch weitere Anregungen für einen Dialog zwischen der feministischen Ökonomiekritik und der Boden- und Geldreformkonzeption über ein zukunftsfähiges "zwischenmenschliches Beziehungs-gewebe" in sich birgt?

Werner Onken

Christa Müller

Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf – Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung

Frankfurt: Campus Verlag, 1998. 232 Seiten.

Immer wenn über Globalisierung, Turbokapitalismus und Neoliberalismus nicht nur gejammert, sondern über andere mögliche Lebensformen nachgedacht wird, fällt das Wort Subsistenz. Ob damit die Diskussion weitergebracht wird, darf zumindest bezweifelt werden, denn wer weiß schon wirklich, was damit gemeint ist?

Christa Müller, die Autorin des Buches "Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf", kann den Begriff nicht nur sozialwissenschaftlich definieren und mit akademischem Rüstzeug unter die Lupe nehmen, sondern sie hat in einer Art Zeitreise die Subsistenz besucht, besichtigt und beschrieben. Durch zahlreiche intensive Gespräche mit "Überlebenden" hat sie in den 90er Jahren das Leben in Borgentreich, einer kleinen Landgemeinde in Westfalen, in den ersten Nachkriegsjahrzehnten

rekonstruiert. "Noch während einer erstaunlich langen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verfügten die Bewohnerinnen und Bewohner von Borgentreich über Eigenmacht: Sie bestimmten selbst, was sie herstellten, woraus ihre Produkte entstanden und mit wem sie sie unter welchen Bedingungen tauschten. Sie waren abhängig von ihrer Hände Arbeit, und sie waren abhängig von einander. Der Weltmarkt interessierte sie ebensowenig wie die neueste Arbeitslosenstatistik aus Nürnberg oder etwaige Rinderimporte aus Großbritannien. Die Basis der Produktion und des Konsums in der lokalen Ökonomie Borgentreichs bestand aus harter Arbeit, gegenseitiger Abhängigkeit und einer solidarischen Ökonomie. Heute dagegen, nach der Integration des Ortes in den Weltmarkt, sind die Menschen unter ökonomischen Aspekten viel weniger aufeinander angewiesen – "ihre Abhängigkeit vom Geldeinkommen, von der Belieferung mit Waren aus aller Welt sowie von der Produktion für weitgehend anonymisierte Märkte hat indes enorm zugenommen" (S. 9). Schon in diesem einleitenden Abschnitt wird klargestellt, daß Subsistenzwirtschaft nicht bedeutet, daß jeder und jede einzelne sich mit allen notwendigen Gütern selbst versorgt, sondern es geht um Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Gegenseitigkeit im dichten Beziehungsgeflecht einer überschaubaren Gemeinschaft.

In seinem Klassiker über die Kulturrevolution des Industriekapitalismus "The Great Transformation" hat Karl Polanyi die Begriffe "Einbettung" und "Entbettung" geprägt und in den Mittelpunkt gestellt. Das Ökonomische, das in traditionellen Gesellschaften immer in das soziale Gefüge eingebettet und von seinen Werten und Zielsetzungen bestimmt ist, löst sich im Prozeß der Modernisierung aus der sozialen Verklammerung, die Wirtschaft wird entbettet und folgt nur noch ihren eigenen Verwertungszielen.

Die lokale Ökonomie Borgentreichs, von der Christa Müller berichtet, war im Sinne Polanyis 'eingebettet': "Im Mittelpunkt stand die Erwirtschaftung des Lebensunterhalts, sowohl über selbständige Arbeit für den Eigenbedarf als auch über subsistenzorientierten Tausch. Ökonomisches und soziales Handeln klappten nicht auseinander, was bedeutet, daß die >Interessenlage< des Sozialen und des Ökonomischen weitgehend übereinstimmten. Weiterhin waren die sozialen Folgen ökonomisch motivierter Entscheidungen deutlich sichtbar und wirkten unmittelbar zurück auf die ökonomisch Handelnden, die über Normen und

Werte einer Moral Economy auf ein Verhalten verpflichtet waren, das ein Überleben aller Mitglieder des Dorfes ermöglichen sollte. Die Produktionsverhältnisse im heutigen Borgentreich, im globalisierten Dorf, sind dagegen "in eine andere Logik", nämlich in die des alles beherrschenden Marktes eingebettet (S. 54).

Einer der Erzähler aus der Vergangenheit, auf deren Berichte sich Christa Müller stützt, der ehemalige Dorfschmied, nannte das neue Zeitalter die Gummizeit. "So kam die Gummizeit, und mit der Gummizeit kamen die Gummiwagen." Die Eisenräder mit Gummireifen, die zuerst aus britischen Heeresbeständen übernommen wurden, verdrängten innerhalb kurzer Zeit die Holzräder mit Stahlreifen, die früher vom Wagner gefertigt und vom Schmied bereift wurden, und damit gleichzeitig auch diese beiden Berufe. Die Treffsicherheit des Begriffes ist beeindruckend. "Das Gummi als Weltmarktprodukt bedroht, hier wie dort, die lokale bzw. regionale Ausrichtung der Wirtschaft. Gummi ist damit gleichzeitig Konkretion und Symbol für den Einzug der internationalen Arbeitsteilung in den lokalen Markt Borgentreichs: Ein Weltmarktprodukt verdrängt innerhalb kürzester Zeit einheimische Produkte und deren Produzenten – ein Prozeß mit massiven sozialen und ökologischen Folgen" (S. 117). Eine der folgenschwersten Folgen für die Perspektive der Weltmarktorientierung: Der "Konsument" ist weit entfernt vom Entstehungsort des Produkts und daher ebenso ahnungs- wie verantwortungslos gegenüber den Produktionsbedingungen, wie der Produzent gegenüber den Wirkungen, die seine Produkte am anderen Ende der Welt auslösen.

Die wichtigsten Fragen, die sich mit dem Thema Subsistenz in Diskussionen über die Verelendung der Dritten Welt und Gegenstrategien zur Globalisierung stellen, sind

1. Warum werden traditionelle Gesellschaften oder indigene Völker, die die oben zitierte "Eigenmacht" noch besitzen, zu einer so leichten, ja geradezu ungeduldigen Beute des Weltmarkts?

2. Könnten sich die urbanen, individualistischen Menschen einer modernen Industriegesellschaft ernsthaft vorstellen, in die Enge und Zwänge gegenseitiger Abhängigkeit zurückzukehren, um sich damit vor den brutalen Übergriffen des anonymen von der Verwertungslogik gesteuerten Weltmarkts zu schützen?

Die Antwort auf die erste Frage wird von Christa Müller ganz konkret gegeben, indem sie den Übergang von der Subsistenz zur Marktintegration in Borgentreich in den 60er und 70er Jahren nach Augenzeugenberichten schildert. Dabei wird in beklemmender Weise deutlich, daß das Gewebe der gegenseitigen Abhängigkeit nur an wenigen Stellen einzureißen braucht, damit das ganze System seine Funktionsfähigkeit verliert. Wenn die Inhaberin des Lebensmittelgeschäfts, bei denen die ärmeren Leute immer anschreiben lassen konnten, beobachten muß, daß dieselben Leute mit vollen Einkaufstüten aus dem Supermarkt der Kreisstadt zurückkommen, wird der Solidarität schlagartig der Boden entzogen.

Die zweite Frage kann nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen beantwortet werden. Aber wenn man in Diskussionen über Alternativen zum kapitalistischen Weltmarkt auf die Subsistenzwirtschaft zurückgreifen will, muß man an dieser Stelle die soziale Phantasie mobilieren, um zu erkunden, wieviel von unserem exzessiven Individualismus wir wohl hingeben könnten für mehr Sicherheit, Sinnlichkeit und Eigenmacht – und welche neuen Formen der gegenseitigen Verantwortung und Verbindlichkeit zu entwickeln wären, die mit der uns liebgewordenen urbanen Freiheit und Unabhängigkeit zu vereinbaren wären. Das ist die Frage, die man nicht unter den Tisch kehren kann, wenn man sich mit Formen der lokalen und regionalen Ökonomie befaßt, die über landwirtschaftliche Vermarktungsgenossenschaften wie z.B. Brucke Land oder Freisinger Land hinausgehen. Diese überaus wichtige Diskussion, die meist sehr frustrierend ausfällt, weil es ihr an klaren Vorstellungen und verlässlichen Grundlagen fehlt, könnte durch Christa Müllers Buch sehr viel realitätsbezogener werden, weil sie ihren Gegenstand, bei aller unübersehbaren Sympathie, nicht romantisch verklärt.

Wenn man über Dezentralisierung, Autarkie, Selbstversorgung und lokale Ökonomie diskutieren und nachdenken will, hat man in Christa Müllers fesselndem Buch über die real existierende Subsistenzwirtschaft Borgentreichs eine solide und überaus reichhaltige Grundlage.

Lothar Mayer

**Diethart Kerbs und Jürgen Reulecke (Hg.)
Handbuch der deutschen
Reformbewegungen 1880 – 1933**

Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 1998. 624 Seiten.

Es wird heute viel von den 'neuen sozialen Bewegungen' gesprochen. Dabei wird oft übersehen, daß etliche dieser angeblich so neuen Bewegungen Wurzeln oder deutliche Parallelen in der Vergangenheit haben. Vieles von dem, was heute erprobt wird, ist schon vor gut einhundert Jahren diskutiert und ausprobiert worden. Weil aber viele Dokumente verlorengegangen, in Privatbesitz oder in wenig bekannten Spezialbibliotheken versteckt sind, ist die heutige Debatte durch eine eigentümliche Geschichtslosigkeit gekennzeichnet.

Diesem Mangel begegnet das vorliegende Handbuch, das alle wesentlichen Reformbewegungen vor 1933 umfaßt und ein spezifisch deutsches und bürgerliches Thema spiegelt, vor allem die besonderen Nöte und Ängste, Hoffnungen und Utopien bürgerlicher Zwischenschichten. Die über 40 Einzelbeiträge sind in sieben Hauptgruppen gegliedert: Umwelt und Heimat; Lebensreform/Selbstreform; Gemeinschaft und Gesellschaft; Leben, Arbeiten, Wirtschaften und Wohnen; Erziehung und Bildung; Kunst und Kultur; Religiosität und Spiritualität. Dargestellt werden u.a. die Jugend-, Frauen-, Bodenreform- und Freiland-Freigeld-Bewegungen, die alternative Landwirtschaft und die Reformpädagogik. Die Idee zu diesem Handbuch entstand bei mehreren Tagungen des "Archivs der deutschen Jugendbewegung" auf Burg Ludwigstein in Witzenhausen bei Kassel über die Vorläufer der heutigen Alternativbewegungen. Auch wenn viele der Schlüsselworte und Kernbegriffe von damals jetzt nicht mehr geläufig bzw. nicht mehr benutzbar sind, weil sie in der Nazizeit entwertet, desavouiert oder mißbraucht worden sind: Manche der damaligen Inhalte, Zielsetzungen und Bedürfnislagen stehen – wenn auch in anderem Gewand – heute wieder in der Auseinandersetzung um die humane Weiterentwicklung unserer Gesellschaft (und der der Weltgesellschaft) zur Debatte.

Als vor hundert Jahren die Zeitgenossen, vor allem das gebildete Bürgertum und die Intellektuellen, auf ihr 19. Jahrhundert zurück- und in das 20. Jahrhundert vorausblickten, schwankten sie zwischen Beklemmung und Hoffnung, Angst und Stolz, Zorn und Zuversicht. Viele priesen die vergangenen Jahrzehnte als Zeitalter der großen Erfindungen, als Epoche der Industrie und des

Weltverkehrs, der rasanten Entwicklung von Gewerbefleiß und Wirtschaft. Andere sahen eher Verluste und neue Bedrohungen, mit denen der Fortschritt bezahlt werden müßte, hatten geradezu apokalyptische Visionen und ahnten gewaltige Zerstörungen. Jetzt ist wieder so ein 'fin de siècle' angesagt, und auch diesmal machen sich – wie um 1900 – bei vielen Beobachtern, die über den Tellerrand der Tagespolitik hinauszublicken bereit sind, Katzenjammer und Pessimismus breit. Die zur Zeit offenbar unangefochten herrschende 'liberalistische' Wirtschaftsordnung mit all ihren Widersprüchen wird ohne Zweifel auch in Zukunft fortfahren, die Erde auszubeuten, die Umwelt zu zerstören, die Lebensvorgänge zu kommerzialisieren und die Träume zu besetzen. Deshalb wird dem Bedürfnis, nach Alternativen zu suchen, eine immer wichtigere Rolle zukommen. Damit solche Suche nicht geschichtsblind bleibe, ist dieses Buch entstanden. *Red.*

**Internationale Vereinigung für
Natürliche Wirtschaftsordnung (Hg.)
Zukunftsfähige Gesellschaft -
Globalisierung und Geldreform**

CH-Aarau 1999. 128 Seiten.

Dieser Tagungsband enthält die Beiträge zum 6. internationalen Kongress der INWO, der im August 1999 in Wien stattfand:

Helmut Creutz "Die Welt im Börsenfieber und Schuldentaumel" / Roland Geitmann "Biblische Weisheit aktueller denn je – Jobeljahr 2000 und Anti-Mammon-Programm" / Matina Hämmerli "Finacial micro initiatives – Alternative Initiativen im Geldbereich" / Claudia von Werlhof "Frauen – Kapitalismus – Alternativen" / Adolf Paster "Wie kann sich eine arbeitsorientierte, natürliche und gerechte Wirtschaftsordnung durchsetzen?" / Werner Onken "Wirtschaften in der einen Welt – Globalisierung marktwirtschaftlich oder kapitalistisch?" / Erhard Glözl "Ist Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen Wirtschaftssystem lösbar?"

Bestellungen nehmen die Sekretariate der Ländersektionen der INWO entgegen:

- Staudingergasse 11, A-1200 Wien. Tel. und Fax: 0043-1-3300425. e-mail: frat-hifa-inwo@netway.at
- Postfach, CH-5001 Aarau. Tel. und Fax: 0041-62-822 31 67. E-mail: mab@echo.ch
- Max-Bock-Str. 55, D-60320 Frankfurt/M. Tel. und Fax: 069-56 31 68. E-mail: INWO-D@t-online.de

VERANSTALTUNGEN

Geld und Arbeit in der Sozialen Skulptur

Kooperationsveranstaltung von Mehr Demokratie e.V., Omnibus - gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie, CGW, INWO und Gemeinnützige Treuhandstelle in Ostdeutschland mit Beiträgen von Johannes Stüttgen, Brigitte Krenkers und Thomas Mayer vom 14.-16. Januar 2000 im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin - Prenzlauer Berg. Der Tagungsbeitrag beträgt 120 DM (ermäßigt 80 DM).
Auskunft und Anmeldung: Birgit Wolff.
Tel.: 030 - 204 55 855. Fax: 030 - 204 55 857.

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Kooperationsveranstaltung des Seminars für Freiheitliche Ordnung und der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Helmut Creutz und Jobst von Heynitz vom 12.-13. Februar 2000 im Tagungsgebäude des Seminars in Boll bei Göppingen.
Auskunft und Anmeldung:
Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll.
Tel.: 07164 - 35 73. Fax: 07164 - 70 34.

Der Weg des Adlers – Ein Seminar zur Arbeit am Kapitalismus in uns selbst

vom 3.-7. März 2000 mit Heinz Köllermann (Pfarrer und Therapeut) und Günter Sperber in Gutach-Ober Spitzenbach bei Freiburg/Br.

Ein alternatives Wirtschaftssystem bzw eine neue Gesellschaft entsteht nicht schon durch kritische Analysen des Verhaltens anderer. Bevor wir verstehen, was um uns herum geschieht, ist es von größter Wichtigkeit zu klären, was in uns selbst geschieht. Und wenn wir dabei feststellen, dass wir vieles von dem in uns haben, was wir an anderen verändern wollen, beginnt erst die eigentliche Arbeit. In diesem Seminar geht es nicht um Theorien und gesellschaftliche Analysen, sondern um die Arbeit an unserem persönlichen Bewusstsein, d.h. um • das Erkennen und Hinterfragen unserer Konzepte und Anschauungen, • das Bewusstmachen gesellschaftlich vermittelter Werte, die das System erhalten • Wege zum eigenen Wesenskern als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderung.

Es werden Methoden aus den Bereichen Psychologie, Meditation und Körperarbeit angewandt, mit denen wir die Achtsamkeit des Herzens schulen und die Über-

nahme der Selbstverantwortung unterstützen wollen.

Wer an diesem Seminar teilnehmen möchte, sollte sich bis spätestens 15. Februar 2000 anmelden. Die Teilnahme kostet einschliesslich der Unterkunft und Verpflegung 420 DM.

Auskunft und Anmeldung:

Heinz Köllermann, Markgrafenstr. 28, 79115 Freiburg.
Tel.: 0761 - 476 42 26.

Anforderungen an unser Steuerrecht: Steinbruch für Wahlversprechen? Büttel politischer Richtungskämpfe? Oder markt- und leistungskonform?

27. Mündener Gespräche am 1. und 2. April 2000 in den Werratal-Hotels in Hann.-Münden, Ortsteil Laubach, mit Vorträgen von Helmut Creutz, Prof. Dr. Dirk Löhr und anderen.

Auskunft und Anmeldung:

Ekkehard Lindner, Behrensener Str. 18,
37186 Moringen • Tel. und Fax: 05503 - 3205.

Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit

6. CGW-/INWO-Tagung am Himmelfahrtswochenende 1.-4. Juni 2000 im Gästehaus des Karmelitenklosters in Birkenwerder bei Berlin mit folgenden Beiträgen: Helmut Donat "Die Entwicklung der Friedensbewegung und ihre gegenwärtige Lage"; Dr. Ulrike Nikutta-Wasmuth "Hauptströmungen in der Friedensforschung"; Prof. Dr. Dieter S. Lutz "Vom Rüstungswettlauf der 80er Jahre zur neuen NATO-Doktrin des 21. Jahrhunderts"; Helmut Creutz "Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg"; Christa Muschemich-Saher "Zivile Friedensdienste – Praktische Schritte zur gewaltfreien Konfliktlösung".

Auskunft und Anmeldung:

Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel.
Tel.: 04451 - 95 64 80. Fax: 04451 - 95 64 81.

DIE AUTOREN

Helmut Creutz, Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dipl.-Volkswirt Norman Ehrentreich,
Carl-von-Ossietzky-Str. 16, 06114 Halle/S.

Prof. Dr. Wolfram Elsner, c/o Universität Bremen FB 7 iiso
Postfach 330 440, 28334 Bremen

Prof. Dr. Roland Geitmann, Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Prof. Dr. Johannes Heinrichs, Philippstr. 14, 10115 Berlin

Lothar Mayer, Nordseestr. 3, 80805 München

ISSN 0721-0752

Zeitschrift für Sozialökonomie

erscheint vierteljährlich

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH - Verlag für Sozialökonomie
Postfach 1320, D-24319 Lütjenburg
Telefon: 0 43 81-70 12
Telefax: 0 43 81-70 13
E-Mail: versand@gauke.de
Internet: www.sozialoekonomie.de

Bezugskonditionen:

Jahresabonnement

DM 34,00 / ÖS 270,00 / SFR 35,00 incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement

für Schüler, Auszubildende, Studenten und Erwerbslose bei entsprechendem Nachweis DM 24,00 / ÖS 195,00 / SFR 25,00 incl. MWSt. und Porto.

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Einzelhefte

Aktuelles Einzelheft DM 8,50 / ÖS 76,00 / SFR 9,50.
Ältere Einzelhefte je Folge: bis Folge 99 = DM 5,00 / Folge 100-115 = DM 7,00 / ab Folge 116 = DM 8,50.
Einzelheftbestellungen unter DM 50,00 zzgl. Versandkosten, mindestens jedoch DM 4,00.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —

Steenkamp 7, D-26316 Varel 2
Telefon: 0 44 51-95 64 80
Telefax: 0 44 51-95 64 81
E-Mail: redaktion@gauke.de

Redaktionsschluß: Ende des Quartals für die im folgenden Quartal erscheinende Ausgabe.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungs- und Austausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum. Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche
Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany



"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"



1. Vorsitzender: Klaus Wulsten
2. Vorsitzender: Helmut Creutz
Geschäftsstelle:
c/o Rechtsanwalt Klaus Wulsten
Albrechtstr. 127, D-12165 Berlin
Telefon: 0 30 - 792 11 97
Telefax: 0 30 - 793 20 89

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet:

"Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."

"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhr
2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Ekkehard Lindner

Geschäftsstelle:
Postfach 1550, D-37145 Northeim
Telefon & Telefax: 0 55 03-32 05

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch Ideologien und mächtige Gruppeninteressen fehlgeleitet. Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" hat sich deshalb das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten.

Die "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen,
- der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung des Einzelnen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, nicht durch Monopole und Machtinteressen verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Mitwelt,
- der Völkerverständigung,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.